

Handeln für die Zukunft

8. Parteitag der CDU Deutschlands
20.- 22. Oktober 1996 • Hannover

**Bericht der
Bundesgeschäftsstelle
Anlage zum Bericht des
Generalsekretärs**

CDU

Bericht der Bundesgeschäftsstelle

– Anlage zum Bericht des Generalsekretärs –

8. Parteitag

Hannover, 20. – 22. Oktober 1996



Vorwort

1. Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung	7
1.1 Politischer Gesamtrahmen	7
1.2 Parteikommissionen	7
1.2.1 Kommission „Zukunft des Steuersystems“	7
1.2.2 Kommission „Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“	8
1.3 Materialien	9
2. Parteigremien	10
2.1 Präsidium	10
2.2 Bundesvorstand	11
2.3 Landesgeschäftsführerkonferenz	13
2.4 Bundesfinanzkommission	14
2.5 Bundesparteigericht	14
2.6 Bundesfachausschüsse	15
3. Unterstützung von Wahlkämpfen (Landtagswahlen Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Kommunalwahlen Niedersachsen, Baden-Württemberg)	24
3.1 Veranstaltungen mit dem Parteivorsitzenden	25
3.2 Bundesredhereinsatz	27
3.3 Inhaltliche Zuarbeiten zu Wahlkämpfen	27
3.4 Kommunalwahlrecht für EU-Bürger	28
4. Kongresse / Aktionen	29
4.1 Weiterführung der Zukunftsthematik des 7. Parteitages	29
4.2 Zukunftsforum „Recht sichert die Freiheit“	29
4.3 Zukunftsforum „Damit unsere Erde Zukunft hat“	37
4.4 Zukunftsforum „Freiheit und Verantwortung im vereinten Deutschland“	38
4.5 Zukunftsforum „Neue Wege in der Sozialpolitik“	39
4.6 Zukunftsforum „Steuerpolitik für das 21. Jahrhundert“	41
4.7 Forum „40 Jahre Bundeswehr“	42
4.8 Aktion „Schöpfung bewahren“	42
4.9 Aktion „EURO – Die Währung für eine sichere Zukunft“	42
4.10 Aktion „Mehr Ehre für das Ehrenamt“	43
4.11 Mitgliederwerbung	43
4.12 Dokumentation des Papst-Besuches in Deutschland	44
4.13 Weitere Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit	44
5. Pressearbeit	45
6. Ständige Publikationen	46
6.1 „Union in Deutschland“ (UID)	46

6.2	Union Magazin	46
6.3	“Infoservice”	46
7.	Elektronische Medien in der politischen Arbeit	47
7.1	KomSys	47
7.2	Internet	47
7.3	T-Online	47
7.4	Disketten, CD-ROM	48
7.5	Zentrale Mitgliederdatei (ZMD)	48
8.	Sonstige Dienstleistungen	49
8.1	Schulungen	49
8.2	Referentenvermittlung	49
8.3	Besucherdienst	49
9.	Mitgliederentwicklung und Organisationsstruktur	50
9.1	Die regionale Mitgliederentwicklung	51
9.2	Dauer der Mitgliedschaft	52
9.3	Struktur der Mitgliedschaft	53
9.4	Gliederungen	53
10.	Politischer Arbeitskalender	54

V o r w o r t

Der vorliegende Bericht der Bundesgeschäftsstelle umfaßt den Zeitraum zwischen dem 7. Parteitag vom 15.–18. Oktober 1995 in Karlsruhe bis zum 8. Parteitag vom 20. bis 22. Oktober 1996 in Hannover. Dieses Jahr war politisch geprägt durch die in Karlsruhe eröffnete Zukunftsdiskussion, die von der Bundespartei durch zahlreiche Materialien und große Kongresse vertieft wurde. Auch die Erarbeitung und Durchsetzung des „Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung“ sowie die Beratungen über die Reformprojekte „Große Steuertarifreform“ und „Weiterentwicklung der Rentenversicherung“ sind bedeutende Elemente einer umfassenden politischen Strategie zur Sicherung der Zukunft Deutschlands. Die Bundespartei begleitet diese Arbeit durch zwei hochrangig besetzte Präsidiums-Kommissionen.

Es ist offenkundig, daß die Menschen in Deutschland in ihrer Mehrheit die zukunftsorientierte Politik der Union erkennen und anerkennen. Die Unionsparteien werden als positiv handelnde politische Kraft wahrgenommen, während die Opposition in konzeptionsloser Verweigerung verharrt. Während im langfristigen Trend Regierungsparteien in Deutschland zur Mitte der Legislaturperiode eher ungünstige Umfrageergebnisse zu verzeichnen haben, kann die Union mit guten Werten in die zweite Hälfte der Wahlperiode gehen. Umfragen belegen, daß sich die Unionsparteien in nahezu allen Themenfeldern einen deutlichen Kompetenzvorsprung vor ihren politischen Mitbewerbern erarbeitet haben. Das Ansehen unseres Bundeskanzlers, die Kompetenz von Bundesregierung und Bundestagsfraktion sowie das geschlossene und engagierte Auftreten der CDU Deutschlands haben zu diesem guten Ergebnis beigetragen.

Es kommt jetzt entscheidend darauf an, das erreichte Niveau zu sichern und auszubauen, um frühzeitig eine günstige Ausgangsposition für die Wahlauseinandersetzung des Jahres 1998 zu schaffen. Diese Bundestagswahl wird zwei Jahre vor dem Jahrhundert- und Jahrtausendwechsel stattfinden und hat insofern einen historisch einmaligen Charakter. Die zentrale Entscheidungsfrage wird lauten: Welcher politischen Kraft traut der Wähler am ehesten zu, den Weg in das 21. Jahrhundert mit intelligenten Lösungen zu gehen? Welche Partei ist in der Lage, die tiefgreifenden Veränderungen in Deutschland, in Europa und in der Welt gestaltend zu bewältigen? Mit ihrer breit angelegten Zukunftskampagne gibt die CDU Antworten auf die zentralen politischen Fragen unserer Zeit.

In diesem Jahr ist die CDU in Deutschland weiter zusammengewachsen. Die administrativen wie politisch-inhaltlichen Kontakte sind intensiv und fruchtbar. In der Bundesgeschäftsstelle tätige Mitarbeiter aus den neuen Bundesländern haben ihre spezifischen Erfahrungen und Sichtweisen in die Arbeit der Bundespartei eingebracht. Höhepunkt dieses gemeinsamen Bemühens um die innere Einheit unseres Vaterlandes war in diesem Jahr der Grundwerte-Kongreß Ende August in Halle, dessen Impulse sicherlich über den Tag hinaus wirken werden.

Die Bundesgeschäftsstelle der CDU versteht sich als zentrale Dienstleistungseinrichtung für die gesamte Partei und entfaltet aus diesem Selbstverständnis heraus eine Fülle von Aktivitäten, soweit es die vorhandenen Ressourcen erlauben. Signifikant zugenommen haben in den letzten Jahren inhaltliche Zuarbeiten und organisatorische Hilfen bei Landtagswahlkämpfen und auch bei Kommunalwahlkämpfen. Gemeinsam mit den Gliederungen arbeiten wir an Strategien zur finanziellen Konsolidierung und zur Sicherung der Hauptamtlichen-Struktur. Politische Entwicklungen werden kontinuierlich verfolgt und entsprechende Argumentationshilfen mit modernen Kommunikationsmitteln zeitnah verbreitet. Unser Einsatz neuer Informationstechniken hat innerhalb und außerhalb der CDU viel Zuspruch gefunden und bisher nicht erreichte Gruppen für unsere Politik interessiert. Zum modernen Erscheinungsbild der CDU trägt nicht zuletzt das werbliche Erscheinungsbild bei, das uns geschlossen und aussagestark in den Regionen Deutschlands auftreten läßt.

Die Bundesgeschäftsstelle erfüllt ihre Aufgaben mit einem kontinuierlich verringerten Personalbestand und bei äußerst sparsamer Haushaltsführung. Gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle und darüber hinaus allen Frau-

en und Männern, die hauptamtlich für unsere gemeinsamen politischen Ziele arbeiten, ein herzliches Wort des Dankes und der Anerkennung für ihren Einsatz zu sagen.

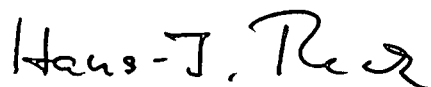
Daß die Mitgliederentwicklung nicht zufriedenstellen kann, betrifft alle politischen Parteien, Großorganisationen und Verbände in Deutschland. Gleichwohl dürfen wir nicht resignieren. Als Volkspartei muß und will die CDU auch Mitgliedpartei bleiben. Wir werden deshalb bei der Mitgliederwerbung im kommenden Jahr einen besonderen Arbeitsschwerpunkt in allen Gliederungen setzen.

Der §3 unseres Statuts bestimmt, daß der Sitz der CDU am ständigen Sitzungsort des Deutschen Bundestages ist. Wir treffen gegenwärtig die notwendigen Vorbereitungen und Entscheidungen, um diese Festlegung umsetzen zu können. Der Wahlkampf zur Europawahl 1999 wird die letzte von Bonn aus geführte Kampagne der Bundespartei sein. Wenn Parlament und Regierung in Berlin sein werden, wird auch die CDU Deutschlands ihre Bundesgeschäftsstelle in der Hauptstadt haben.

Die Zeit bis zum 9. Parteitag 1997 in Leipzig müssen wir nutzen, die Zukunftskompetenz der CDU weiter zu stärken. Alle Gliederungen stehen in der Pflicht, zukunftsorientierte Themen aufzugreifen und mit den Bürgerinnen und Bürgern intensiv zu diskutieren. Dazu gehört unbedingt eine umfassende Vorbereitung auf die anstehende Entscheidung zur Verwirklichung der Europäischen Währungsunion; jeder Kreisverband sollte mindestens eine Veranstaltung zu diesem Thema in seinem Jahresprogramm vorsehen. Die großen Regierungsvorhaben „Steuertarifreform“ und „Weiterentwicklung der Rentenversicherung“ bilden zwei weitere gewichtige Schwerpunkte auch der politischen Arbeit vor Ort. Die ganze Partei wird gefordert sein, die diesbezügliche Gesetzgebungsarbeit zu erläutern und insbesondere die inneren Begründungszusammenhänge sichtbar werden zu lassen. Wir werden aber auch mit Entschiedenheit alle Versuche der Opposition zurückweisen, notwendige Veränderungen zum Anlaß für Angst- und Neidkampagnen zu nehmen. Wenn die CDU im kommenden Jahr ihre Politik geschlossen und überzeugend vertritt, ist eine wesentliche Voraussetzung für den Wahlsieg 1998 geschaffen.



Peter Hintze
Generalsekretär



Hans-Joachim Reck
Bundesgeschäftsführer

1. Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung

1.1 Politischer Gesamtrahmen

Die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen haben im „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ eine große Steuertarifreform und eine Weiterentwicklung der Rentenversicherung beschlossen. Um beide Reformprojekte intensiv und sachkundig vorbereiten zu können, wurde je eine Regierungskommission unter Vorsitz der Bundesminister Dr. Theo Waigel und Dr. Norbert Blüm eingesetzt.

Parallel dazu hat das Präsidium der CDU Deutschlands zwei Kommissionen unter dem Vorsitz von Dr. Wolfgang Schäuble (Steuern) und Dr. Norbert Blüm (Renten) beauftragt, die Entscheidungsfindung in Regierung und Fraktion zu begleiten und zum notwendigen innerparteilichen Konsens beizutragen.

Das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung hat zum Ziel, mehr Wachstumsdynamik zu ermöglichen, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen und die wirtschaftlichen Fundamente des Sozialstaates dauerhaft zu sichern. Um den Spielraum hierfür zu gewinnen, soll die Staatsquote bis zum Jahr 2000 wieder auf rund 46 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (= Stand vor der deutschen Einheit) gesenkt werden. Zugleich soll die Summe der Sozialabgaben auf unter 40 Prozent sinken. Beide Ziele machen sowohl eine Steuertarifreform als auch Korrekturen in den sozialen Sicherungssystemen unabweisbar.

Beim Einkommensteuerrecht geht es um eine Neustrukturierung des Tarifs bei gleichzeitiger Senkung der Steuersätze. Parallel dazu soll die Bemessungsgrundlage durch Streichung steuerlicher Ausnahmeregelungen und Vergünstigungen verbreitert werden. Dies bewirkt zugleich eine Vereinfachung und größere Durchschaubarkeit der Steuervorschriften. Vorschläge sollen von der Regierungskommission bis Ende Oktober 1996 ausgearbeitet werden. Auf der Grundlage der Kommissionsvorschläge soll das Gesetzgebungsverfahren bis Ende 1997 abgeschlossen werden. Die Steuerreform soll am 1.1.1999 in Kraft treten.

Bei der Rentenversicherung geht es um die Frage, wie angesichts der demographischen Entwicklung der bewährte Generationenvertrag für die Zukunft fortentwickelt werden kann. Die Regierungskommission „Fortentwicklung der Rentenversicherung“ soll auf breiter Grundlage, parteiübergreifend und unter Einbeziehung aller wichtigen gesellschaftlichen Gruppen bis zum Jahresende 1996 entsprechende Vorschläge erarbeiten. Ziel ist, auf dieser Grundlage das Gesetzgebungsverfahren bis zum Jahresende 1997 abzuschließen.

1.2 Parteikommissionen

1.2.1 Kommission „Zukunft des Steuersystems“

Unter Vorsitz von Dr. Wolfgang Schäuble MdB gehören der Kommission „Zukunft des Steuersystems“ an:

Birgit Breuel, Marion Fischer MdL, Jochen-Konrad Fromme, Claus Hackemesser, Bärbel Klee-dehn MdL, Roland Koch MdL, Dr. Johannes Ludewig, Dr. Angela Merkel MdB, Friedrich Merz MdB, Prof. Dr. Georg Milbradt MdL, Dr. Jörg Mittelsten Scheid, Claudia Modat-Reth, Dr. Dieter Murmann, Ulrich Nölle MdBB, Elmar Pieroth MdA, Peter Harald Rauen MdB, Dr. Gerhard Rem-

bold, Hans-Peter Repnik MdB, Jürgen Scharf MdL, Dr. Franz Schoser, Gerhard Schulz MdB, Christa Thoben, Dr. Susanne Tiemann MdB, Andreas Trautvetter MdL, Gunnar Uldall MdB, Wolfgang Vogt MdB, Dr. Ludolf-Georg von Wartenberg, Elke Wülfing MdB, Christian Wulff MdL.

Die Kommission hatte den Auftrag, für den Bundesvorstand eine Beschlußvorlage an den 8. Parteitag zu erarbeiten. In der Vorlage sollten Vorschläge zur Absenkung des Einkommensteuertarifs und zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage unterbreitet werden. Ferner sollte eine Entscheidung über weitere Schritte zum Abbau des Solidaritätszuschlages vorbereitet werden. Die Kommission hatte darüber hinaus auch den Auftrag, Maßnahmen zur Verbesserung der Symmetrie zwischen direkten und indirekten Steuern vorzuschlagen.

Die Kommission hat eine ganztägige Expertenanhörung durchgeführt, um Vor- und Nachteile bestehender Lösungsmodelle deutlicher erkennen zu können. Im Rahmen dieser Anhörung hat Prof. Dr. Peter Bareis die Schlußfolgerungen der 1993 vom Bundesfinanzminister eingesetzten Einkommensteuer-Kommission dargelegt.

Zentrale Thesen der Kommissionsarbeit wurden am 30. September 1996 auf dem wissenschaftlichen Fachkongreß „Steuerpolitik für das 21. Jahrhundert“ öffentlich dargestellt.

Die Kommission führte am 30. September/1. Oktober 1996 eine gemeinsame Sitzung mit dem Präsidium der CDU Deutschlands durch.

1.2.2 Kommission „Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“

Während die Steuerkommission des Präsidiums parallel zur Regierungskommission gearbeitet hat, ist der Auftrag an die Kommission „Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“ nicht nur auf die Alterssicherungssysteme beschränkt. Die Kommission hat auch Themen zu behandeln, die über die Gesetzgebungsarbeit der 13. Legislaturperiode hinausgehen. Die Kommission plant, ihre Arbeitsergebnisse zum Jahresende 1996 vorzulegen.

Der Kommission unter Vorsitz von Dr. Norbert Blüm MdB gehören an:

Hermann-Josef Arentz MdL, Dr. Christoph Bergner MdL, Prof. Dr. Kurt Biedenkopf MdL, Dr. Maria Böhmer MdB, Prof. Dr. Wolfgang Böhmer MdL, Christoph Böhr MdL, Rainer Eppelmann MdB, Klaus Escher, Anke Eymer MdB, Prof. Gerhard Fels, Ulf Fink MdB, Dr. Heiner Geißler MdB, Dr. Regina Görner, Dr. Karl Hauck, Beate Hübner MdB, Volker Kauder MdB, Dr. Paul Krüger MdB, Prof. Dr. Ursula Lehr, Walter Link MdB, Mechthild Löhr, Julius Louven MdB, Hildegard Müller, Dr. Karl-Heinz Neukamm, Claudia Nolte MdB, Prof. Hartwig Piepenbrock, Walter Quartier, Hannelore Rönsch MdB, Hartmut Schauerte MdB, Birgit Schnieber-Jastram MdB, Andreas Storm MdB, Prof. Dr. Rita Süßmuth MdB, Wolfgang Vogt MdB, Gerald Weiß MdL, Dr. Bernhard Worms.

Die Kommission hat sich in ihren bisherigen Sitzungen vorrangig mit der Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung befaßt. In einer zunächst sehr grundsätzlich geführten Diskussion wurden internationale Vergleiche von Alterssicherungssystemen vorgenommen. Intensiv geprüft wurden auch die Kosten und Realisierungsmöglichkeiten von Modellen einer steuerfinanzierten bzw. kapitalstockgespeisten Grundrente. Ein zweitägiger Fachkongreß „Neue Wege in der Sozialpolitik“ am 5./6. September 1996 führte zahlreiche Experten zusammen und gab einer interessierten Öffentlichkeit Gelegenheit, vertiefte Einsichten in die aktuelle Diskussion zu gewinnen.

Die Kommission kam mehrheitlich zu der Auffassung, daß ein völliger Wechsel des Systems der Alterssicherung nicht zu empfehlen sei; es müßten vielmehr Wege der Korrektur im bestehenden System gefunden werden. Zu den vorrangig notwendigen Korrekturen im System gehört nach Auffassung der Kommission eine stärkere Berücksichtigung der demographischen Entwicklung. Das Prinzip der Beitragsäquivalenz erfordere eine Wiederherstellung der Symmetrie zwischen den Beitragsleistungen und den durch höhere Lebenserwartung verlängerten Rentenzah-

lungen. Zugleich müsse eine Stärkung der privaten und der betrieblichen Altersvorsorge erfolgen. Einen besonderen Schwerpunkt wird die Kommission beim Thema „Elemente des Familienlastenausgleiches in den Alters-Sicherungssystemen“ setzen.

1.3 Materialien

Zu dem „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ hat die Bundesgeschäftsstelle umfangreiches Material erstellt und eine intensive Informationskampagne geführt.

In einer ersten Phase von Januar bis März 1996 wurden unter dem Motto „Gemeinsam für Deutschland“ die Illustrierte „Wirtschaft stärken – Arbeitsplätze schaffen“, die Dokumentationen „Sparen und Gestalten“ und „Zahlen, Daten, Fakten“, ein Argumentations-Set sowie Rahmenflugblätter und ein DIN A-1 Poster erstellt und den Parteigliederungen angeboten. Hinzu kamen eine Wandzeitung, eine Computerdiskette und Plakat-Großflächen vor dem Konrad-Adenauer-Haus in Bonn.

In einer zweiten Phase wurden unter dem gemeinsamen Motto „Mut zur Veränderung sichert Zukunft“ eine aktualisierte Broschüre zum Programm für Wachstum und Beschäftigung“, das Faltblatt „Reformen für Deutschland“ und eine Wandzeitung angeboten, und vor der Bundesgeschäftsstelle wurden wiederum Plakat-Großflächen belegt.

2. Parteigremien

2.1 Präsidium

Das Präsidium kam seit dem 7. Parteitag zu 14 Sitzungen zusammen. Außerdem führte das CDU-Präsidium gemeinsam mit dem CSU-Präsidium am 26./27. Januar 1996 eine gemeinsame Klausurtagung durch.

Neben dem Bericht zur aktuellen Lage durch den Vorsitzenden waren folgende Themen Schwerpunkte der jeweiligen Sitzung:

- Schlußfolgerungen aus der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus (23.10.1995)
- Vorbereitung der Klausurtagung des Vorstandes (4.12.1995)
- Arbeitsplanung für das Jahr 1996 (12.1.1996)
- Unterstützung der Landtagswahlkämpfe in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein (26.2.1996)
- 50-Punkte-Programm der Bundesregierung (11.3.1996)
- Schlußfolgerungen aus den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein (25.3.1996)
- Weiterentwicklung der Steuerpolitik und der Sozialpolitik (18.4.1996)
- Wirtschaftliche und soziale Lage sowie Haltung der Sozialpartner hierzu (6.5.1996)
- Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung (20.5.1996)
- Einsetzung der Parteikommissionen „Zukunft des Steuersystems“ und „Zukunft der sozialen Sicherung“ (10.6.1996)
- Voranschreiten des Einigungsprozesses (24.6.1996)
- Zentrale Politikvorhaben für die zweite Hälfte der Legislaturperiode (29.8.1996)
- Vorbereitung der Leitanträge des Vorstandes an den 8. Parteitag (7.10.1996)
- Vorbereitung des 8. Parteitages (20.10.1996)

Darüber hinaus wurden in den Präsidiumssitzungen u.a. folgende politische Themen behandelt:

Parteienlandschaft in Deutschland:

- Lage der SPD
- Lage der FDP
- Auseinandersetzung mit der PDS
- Lage der Koalition in Mecklenburg-Vorpommern
- Situation der CDU in den neuen Bundesländern
- Beteiligung von Frauen in der CDU
- Kommunalwahl in Niedersachsen
- Kommunalwahl in Bayern und Lage der CSU
- Verlegung der Bundesgeschäftsstelle von Bonn nach Berlin

Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik:

- Lage am Arbeitsmarkt
- Reform des Arbeitsförderungsgesetzes
- Arbeit der Regierungskommissionen „Steuern“ und „Alterssicherung“
- Lage im Handwerk

- Situation der beruflichen Bildung
- Ladenschlußgesetzgebung
- Situation im Wohnungsbau
- Entsendegesetz

Sozial- und Familienpolitik:

- Entwicklung der Renten
- Altersteilzeitgesetzgebung
- Weiterentwicklung des Familienleistungsausgleichs
- Zweite Stufe der Pflegeversicherung
- Reform der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes
- Reform der Arbeitslosenhilfe

Innen- und Rechtspolitik:

- Anpassung des Bundeswahlgesetzes
- Enteignung von Grundvermögen unter sowjetischer Besatzung
- Integration von Ausländern
- Aussiedlerpolitik
- Staatsangehörigkeitsrecht
- Verhältnis Bundestag/Bundesrat
- Abstimmung zur Fusion Berlin-Brandenburg
- Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin
- Besuch des Papstes in Deutschland

Außen-, Sicherheits- und Europapolitik:

- Politische Lage in der Europäischen Union
- NATO-Integration Frankreichs
- Situation in Mittel- und Osteuropa
- Situation im ehemaligen Jugoslawien
- Politische Situation in Rußland vor und nach der Präsidentenwahl
- Einsätze der Bundeswehr in Bosnien-Herzegowina
- Wahlrecht für EU-Bürger
- Gemeinsame europäische Währung

2.2 Bundesvorstand

Der Bundesvorstand trat im Berichtszeitraum zu elf Sitzungen zusammen. Neben der aktuellen politischen Lage wurden dabei u.a. folgende Themen behandelt:

Schwerpunkte der Parteiarbeit 1996

- Lage der CDU in den neuen Bundesländern
- Fortführung und Entfaltung der Zukunftsthematik
- Förderung der Frauenbeteiligung und -repräsentanz in der CDU
- Verstärkung der Präsenz der CDU im vorpolitischen Raum
- Mitgliederentwicklung / Mitgliederwerbung
- Moderne Kommunikation und Parteiarbeit
- Behandlung der vom 7. Parteitag an den Bundesvorstand überwiesenen Anträge
- Vorbereitung des 8. Parteitags

- Partei-Kommissionen „Zukunft des Steuersystems“ und „Zukunft der Sozialen Sicherungssysteme“
- Etat der Bundesgeschäftsstelle für das Jahr 1996
- Neuregelung des parteiinternen Finanzausgleichs
- Berufung von Mitgliedern der Bundesfinanzkommission
- Errichtung des CDU-Verbandes Brüssel-Belgien als Auslandsverband der CDU
- Parteipolitische Einstellungen und Präferenzen in den neuen Bundesländern
- Entwicklungen in der Parteienlandschaft
- Programm, Ziele und Strategien der PDS

Landtagswahlen

- Ergebnis und Analyse der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus
- Vorbereitung und Stand des Landtagswahlkampfes in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein
- Ergebnis und Analyse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein
- Entwicklungen im Wahlverhalten und bei der Wahlbeteiligung

Wirtschafts- und Sozialpolitik

- Wirtschaftliche Entwicklung
- Lage auf dem Arbeitsmarkt
- Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft
- Lage des Mittelstandes und Fortentwicklung der Mittelstandspolitik
- Maßnahmen zur Förderung von Existenzgründungen
- Entlastung des Faktors Arbeit / Senkung der Lohnnebenkosten
- Wachstumsstärkende Steuerpolitik
- Subventionsabbau / Ausgabenkürzung
- Verbesserung des Zugangs zu Wagniskapital
- Deregulierung / Entbürokratisierung
- Erschließung neuer Beschäftigung in privaten Haushalten
- 50-Punkte-Programm der Bundesregierung
- Förderung der beruflichen Ausbildung
- Zukunftssichere Gestaltung der Rentenversicherung
- Entwicklung und Umsetzung des Programms der Bundesregierung für mehr Wachstum und Beschäftigung
- Lehrstellensituation
- Neuregelung des Ladenschlusses
- Renteneintrittsalter für Frauen
- Lohnfortzahlung im Krankheitsfall
- Umgestaltung des Kündigungsrechts
- Verschiebung der Erhöhung des Kindergeldes
- Jahressteuergesetz 1997
- Konsolidierungsbedarf in den öffentlichen Haushalten
- Pflegeversicherung: Umsetzung und Kompensationsregelung
- BSE-Problematik
- Entwicklungen und Probleme der Landwirtschaft

Innenpolitik

- Innere Sicherheit
- Kriminalitäts- und Drogenbekämpfung
- Untersuchungsausschuß des Kieler Landtages zur „Schubladen-Affäre“
- Problematik der Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien
- Deutschland-Besuch des Papstes
- Einführung des Unterrichtsfaches „Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde“ (LER) im Schulgesetz des Landes Brandenburg

Außen-, Sicherheits- und Europapolitik

- Entwicklung der Lage in Bosnien
- Beteiligung der Bundeswehr an der internationalen Friedenstruppe in Bosnien
- Entwicklungen in der Europapolitik
- EU-Gipfel in Madrid
- EU-Regierungskonferenz
- Europäische Wirtschafts- und Währungsunion
- EU-Gipfel in Florenz
- Präsidentschaftswahlen in Rußland
- Entwicklung der politischen Lage in Rußland und der deutsch-russischen Beziehungen
- Tschetschenien-Konflikt
- Erweiterung der NATO
- Bundeswehr / Wehrpflicht
- Tibet-Resolution des Bundestages / Politik gegenüber China
- Moskauer Sondergipfel der G7-Staaten und Rußland zu Fragen der atomaren Sicherheit
- Entwicklung der Beziehungen zur Ukraine

2.3 Landesgeschäftsführerkonferenz

Die Landesgeschäftsführerkonferenz trat im Berichtszeitraum zu vier Sitzungen zusammen. Dabei standen folgende Themen auf der Tagesordnung:

- Nachbetrachtung der Abgeordnetenhauswahl in Berlin
- Vorbereitung der Landtagswahlkämpfe in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein
- Ergebnis und Analyse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein
- Kommunalwahlen in Niedersachsen
- Schwerpunkte der Parteiarbeit 1996
- Weitere Entfaltung der Zukunftsthematik
- Arbeit der Präsidiums-Kommissionen „Zukunft des Steuersystems“ und „Zukunft der Sozialen Sicherungssysteme“
- Vorbereitung des 8. Parteitages
- EURO-Kampagne der CDU
- Mitgliederwerbung
- Mitgliederentwicklung
- Umstellung der Zentralen Mitgliederkartei (ZMK) auf die Zentrale Mitgliederdatei (ZMD)
- Einstellungsbedingungen und Vergütung der Kreisgeschäftsführer
- Schulungsprogramm für Kreisgeschäftsführer und Mitarbeiter von Landes- und Kreisverbänden

- Neue Kommunikationstechniken in der Parteiarbeit
- Landesverbandsseiten im Internet
- Erfassung der Beiträge und Spenden aus 1995
- Spendenwerbung
- Künstlersozialversicherung

2.4 Bundesfinanzkommission

Die Bundesfinanzkommission hat im Berichtszeitraum zweimal getagt. Sie hat sich mit folgenden Themen beschäftigt:

– Parteiinterner Finanzausgleich für 1996

Die Diskussion über den parteiinternen Finanzausgleich wurde im Zusammenhang mit den Beratungen über den Etat der CDU-Bundesgeschäftsstelle für das Jahr 1996 geführt. Im Unterschied zu der Regelung des Jahres 1995 erhalten die Landesverbände 1996 höhere Anteile an den öffentlichen Mitteln. Zugleich wurden für die neuen Bundesländer und den Landesverband Berlin zusätzlich zu deren Anteilen differenzierte Sockelbeträge festgelegt.

– Kommerzielle Spendenwerbung

Die Bundesschatzmeisterin hatte in Abstimmung mit der Bundesfinanzkommission von April bis Dezember 1995 testweise kommerzielle Spendenwerbung veranlaßt. Es handelte sich um „Direct-Mail-Aktionen“, bei denen jeweils unterschiedliche Zielgruppen mit speziellen Argumenten angesprochen wurden. Die ersten Auswertungen Ende 1995 zeigten befriedigende Ergebnisse, so daß die Bundesfinanzkommission der Schatzmeisterin empfahl, die kommerzielle Spendenwerbung fortzusetzen.

In der Zwischenzeit sind weitere Aktionen durchgeführt worden, die gleichfalls gute Erfolge zeigten. Daher ist den Landesverbänden empfohlen worden, eigene Spendenaktionen durchzuführen, für die die Bundespartei logistische Hilfe angeboten hat.

– Beratung von Anträgen

Der Bundesfinanzkommission lagen Anträge vor, die vom Bundesparteitag überwiesen worden waren. Alle Anträge wurden ausführlich beraten und die Ergebnisse an den Bundesvorstand weitergeleitet.

2.5 Bundesparteigericht

Das Bundesparteigericht der CDU trat unter dem Vorsitz von Staatssekretär a.D. Dr. S. Heinrich Barth (Stellvertreter Dr. Eberhard Kuthning, Oberlandesgerichtspräsident a.D.) im Berichtszeitraum zu drei Sitzungen zusammen. Von den insgesamt acht anhängig gewesenen bzw. gewordenen Parteigerichtssachen konnten bis 30. September 1996 vier Verfahren abgeschlossen werden; noch offen sind ein Verfahren aus 1995 und drei Verfahren aus 1996.

Bei den genannten acht Parteigerichtsverfahren handelt es sich im einzelnen um sechs Auslußverfahren, eine Streitigkeit wegen Auslegung der Satzung sowie eine Wahlanfechtung.

Im Berichtszeitraum wurden die oben erwähnten vier Parteigerichtsverfahren wie folgt abgeschlossen: zwei Zurückweisungen der Anträge, Beschwerden und Rechtsbeschwerden, eine Aufhebung der angefochtenen Entscheidung und Zurückverweisung an das Landesparteigericht sowie eine Einstellung infolge Rücknahme des Rechtsmittels.

Das Bundesparteigericht ist am 5. Dezember 1995 zu einer Arbeitssitzung mit den Vorsitzenden der Landesparteigerichte zusammengekommen. Sie diente dazu, die Zusammenarbeit mit den Landesparteigerichten zu verstärken. Es fand ein umfassender Erfahrungsaustausch statt

über die praktische Bewährung des Satzungsrechts der CDU, insbesondere der Parteigerichtsordnung aus dem Jahre 1971. Dabei gaben die Teilnehmer Anregungen für mögliche Änderungen der Parteigerichtsordnung der CDU.

Die als Broschüre vorliegenden „Leitsätze zu Entscheidungen des Bundesparteigerichts der CDU 1969 – 1993“ sind inzwischen in das CDU-eigene Informationssystem KomSys aufgenommen worden. Geplant ist, im Frühjahr 1997 eine erweiterte Neu-Auflage der Leitsatz-Broschüre herauszugeben und die entsprechenden Änderungen in den Komsys-Texten vorzunehmen.

Die laufende vierjährige Wahlperiode des Bundesparteigerichts endet am 6. November 1996. Die Neuwahl erfolgt auf dem 8. Parteitag der CDU Deutschlands in Hannover.

2.6 Bundesfachausschüsse

(1) Bundesfachausschuß Innenpolitik

Vorsitzender: Johannes Gerster MdL (Rheinland-Pfalz)
Stellvertreter: Heinz Paus MdL (Nordrhein-Westfalen)
Alexander Prectel (Mecklenburg-Vorpommern)
Geschäftsführer: Patrick Kammerer

Das Arbeitsprogramm des Bundesfachausschusses Innenpolitik umfaßte seit seiner Neukonstituierung im August 1995 im Kern die Themen „Schlanker Staat“, sinkendes Rechtsbewußtsein vor allem bei Jugendlichen, Korruption in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung, Überprüfung der Wirksamkeit des Verbrechensbekämpfungsgesetzes, Sekten sowie die Aussiedlerpolitik.

Gast der Beratungen des Bundesfachausschusses war neben mehreren anderen Experten auch Bundesinnenminister Manfred Kanther MdB.

Arbeitsgruppen/Beschlüsse

Unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden Heinz Paus MdL erarbeitete die Arbeitsgruppe „Schlanker Staat“, die sich aus Mitgliedern und Gästen des Bundesfachausschusses zusammensetzte, Thesen „Für einen modernen und leistungsfähigen Staat“, die als Beschluß des Bundesfachausschusses am 28. Februar 1996 in Bonn der Öffentlichkeit vorgestellt wurden.

Als Ergebnis seiner Beratungen zum Thema Sekten und sogenannten Psychogruppen faßte der Bundesfachausschuß den Beschluß „Bekämpfung der Scientology-Organisation – eine Frage der Wehrhaftigkeit unserer Demokratie“, der am 7. August 1996 auf einer Pressekonferenz in Bonn vorgestellt wurde.

Aktionen

Am 6. März 1996 führte der Bundesfachausschuß unter Leitung seines Vorsitzenden eine Anhörung zum Thema „Zukunft ohne Werte? Gemeinsinn stärken – Rechtsbewußtsein schärfen – Verantwortung annehmen“ in Mainz durch. Es diskutierten Dr. Renate Köcher (Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach), Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind (Kriminologe/ Universität Bochum, Vorsitzender der Anti-Gewalt-Kommission der Bundesregierung), Dieter Weirich (Intendant der Deutschen Welle), OStD Dr. Norbert Hämmerer (Schulleiter Bischöfliches Gymnasium/Realschule Willigis, Mainz), Winfried Hartenberger (Erster Kriminalhauptkommissar, Polizeipräsidium Koblenz).

Bundesarbeitskreis Polizei

Der Bundesarbeitskreis (BAK) Polizei ist eine ständige Arbeitsgruppe des Bundesfachausschusses Innenpolitik.

Vorsitzender: Heinz Paus MdL (Nordrhein-Westfalen)
Stellvertreter: Josef Schön (CDU-Arbeitskreis im BKA)
Geschäftsführer: Stephan Sillekens

Der Bundesarbeitskreis Polizei führte im Berichtszeitraum drei Sitzungen durch. Im Mittelpunkt der Beratungen standen aktuelle Herausforderungen der inneren Sicherheit, der Umgang mit der Jugendkriminalität und die zu ihrer Bekämpfung notwendigen inhaltlichen und strukturellen Änderungen im Aufbau der Polizeien der Länder. Darüber hinaus beschäftigte sich der BAK Polizei mit den Vorwürfen von Amnesty International über angebliche Mißhandlungen an Ausländern durch deutsche Polizeibeamte sowie mit dem Projekt der Ständigen Konferenz der Innenminister „Polizei und Fremde“, das der Präsident der Polizeiführungsakademie Münster-Hiltrup, Dr. Rainer Schulte, dem Gremium vorstellte.

Der Bundesarbeitskreis erarbeitete eine eigene Dokumentation zu den Vorwürfen von Amnesty International, die am 23. April 1996 in Bonn vorgelegt wurde. Sie wurde den Landesarbeitskreisen Polizei der CDU für die Arbeit vor Ort zur Verfügung gestellt, nicht zuletzt um deutlich zu machen, daß die CDU sich bemüht, ein objektives Bild über die Arbeit der Polizei zu vermitteln und bei ungerechtfertigten Angriffen fest an der Seite der Polizeibeamten steht.

Weitere Themen des BAK Polizei waren die Reform der Bereitschaftspolizei der Länder sowie die Frage von Vorfeldermittlungen des Verfassungsschutzes zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Ferner hat der BAK durch seinen Vorsitzenden öffentlich Stellung genommen zur Absicht der rot-grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen, einen „Anti-Diskriminierungsparagrafen“ in das Landespolizeigesetz einzufügen.

(2) Bundesfachausschuß Bildung, Forschung und Kultur

Vorsitzender: Herbert Reul MdL (Nordrhein-Westfalen)
Stellvertreter: Bärbel Sothmann MdB (Hessen)
Minister Dieter Althaus MdL (Thüringen)
Minister Klaus von Trotha MdL (Baden-Württemberg)
Geschäftsführer: Stephan Sillekens

Erster Themenschwerpunkt des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur war das neue Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Der Bundesfachausschuß erarbeitete zu diesem Thema eine Handreichung für die Bundespartei, die im Januar 1996 der Öffentlichkeit vorgestellt und u.a. im UiD veröffentlicht wurde.

Zentrales Anliegen der Arbeit des Bundesfachausschusses ist es, die vom Karlsruher Parteitag ausgehenden Impulse der dort diskutierten „Tagesordnung der Zukunft“ aufzunehmen. Am 13. Dezember 1995 fand dazu ein Gespräch mit Bundesminister Dr. Jürgen Rüttgers MdB statt. Der Bundesfachausschuß will dazu beitragen, daß die CDU mit einer offenen und vertrauensweckenden Zukunftsdebatte eine möglichst breite Öffentlichkeit erreicht.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Lage des dualen Berufsbildungssystems entwickelte der Bundesfachausschuß den Zehn-Punkte-Katalog zur Reform der beruflichen Bildung „Lehrstellenhemmnisse abbauen – Zukunftschancen sichern“. Er stand im Mittelpunkt der Beratungen mit Dr. Franz Schoser, Geschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages, sowie Dr. Wolfgang Glaser, Geschäftsführer des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks.

Die Neuorientierung der deutschen Forschungslandschaft war Gegenstand der Sitzung am 16. September 1996 mit Bundesforschungsminister Dr. Jürgen Rüttgers MdB. Der Bundesfachausschuß tritt für ein Mehr an Wettbewerb, Flexibilität und Eigenverantwortung in der Forschungslandschaft ein und sieht darin wichtige Schritte zur besseren Positionierung der deutschen Forschung im globalen Wettbewerb.

Arbeitsgruppen Bio- und Gentechnologie

Seit März 1996 erörterten in einer Arbeitsgruppe neben dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses führende Vertreter aus Wissenschaft und Politik zentrale Fragen der Bio- und Gentechnologie. Das Ergebnis wurde am 9. Oktober 1996 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Beschlüsse

Der Bundesfachausschuß hat bisher folgende Beschlüsse gefaßt:

- „Reform bei knappen Kassen – Zur Diskussion um eine Strukturreform der Ausbildungsförderung“, 11.10.1995
- Positionspapier zum Besuch der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg, 7.3.1996
- „Lehrstellenhemmnisse abbauen – Zukunftschancen sichern, 10 Punkte zur Reform der beruflichen Bildung“, vorgestellt am 9.8.1996
- „Deutsche Forschungslandschaft stärken für die Innovationsfähigkeit Deutschlands“, 16. September 1996

Aktionen

Fragen der Technikakzeptanz und der dazu notwendigen Initiativen auf politischer Ebene standen im Mittelpunkt des Besuches des Bundesfachausschusses bei der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Stuttgart-Vaihingen. Nach Auffassung des Bundesfachausschusses muß für die Akzeptanz neuer Technikentwicklungen eine bessere Kommunikation zwischen Wissenschaft, Politik und Bevölkerung entwickelt und gefördert werden.

Der Beschluß „Lehrstellenhemmnisse abbauen – Zukunftschancen sichern“ wurde an die bildungspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktionen versandt mit der Bitte, aus dem Papier konkrete Aktionen in den Landesparlamenten abzuleiten.

(3) Bundesfachausschuß Sport

Vorsitzende: Petra Roth (Hessen)
Stellvertreter(in): Steffi Schnoor MdL (Mecklenburg-Vorpommern)
Klaus Riegert MdB (Baden-Württemberg)
Geschäftsführerin: Edelgard Schönau

Schwerpunkt der Arbeit des Bundesfachausschusses Sport war das Thema „Ehrenamt“. Der Ausschuß hatte hierzu eine Kommission eingesetzt, die die Vorarbeiten zu dem am 1. Juli 1996 verabschiedeten Beschluß „Sport und Ehrenamt“ leistete.

Zum Thema Schulsport wurde eine Umfrage bei den Landtagsfraktionen der CDU und CSU gestartet. Die Auswertung dieser Umfrage wird die Grundlage für ein Symposium mit den Sport- und schulpolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen bilden.

Weitere Themenschwerpunkte:

- Freizeit- und Vereinssport in den neuen Ländern
- Sport und Gesundheit
- kommunale Sportförderung
- Nachwuchsförderung im Spitzensport

Beschluß:

„Sport und Ehrenamt“, 1. Juli 1996

(4) Bundesfachausschuß Wirtschafts- und Energiepolitik

Vorsitzender: Parl. Staatssekretär Dr. Norbert Lammert MdB (Nordrhein-Westfalen)
Stellvertreter(in): Dr. Gisela Meister-Scheufelen MdL (Baden-Württemberg)
Dr. Paul Krüger MdB (Mecklenburg-Vorpommern)
Dr. Dieter Murmann (Schleswig-Holstein)
Geschäftsführer: Michael Alber

Der Bundesfachausschuß Wirtschafts- und Energiepolitik hat sich seit der konstituierenden Sitzung am 4. September 1995 mit folgenden Themen befaßt:

- Stellungnahme zur Diskussionsgrundlage für den Konsultationsprozeß über ein gemeinsames Wort der Kirchen "Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland"
- Vermögensbildung
- Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze vom 30. Januar 1996
- Reform von Einkommen- und Körperschaftsteuer, wie im „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ vom 25. April 1996 beschlossen

(5) Bundesfachausschuß Strukturpolitik

Vorsitzender: Dr. Karl-Heinz Daehre MdL (Sachsen-Anhalt)
Stellvertreter: Brita Schmitz-Hübsch MdL (Schleswig-Holstein)
Werner Dörflinger MdB (Baden-Württemberg)
Claus-Peter Grotz MdB (Baden-Württemberg)

Geschäftsführerin: Ursula Heinen

Ein Schwerpunktthema des Bundesfachausschusses Strukturpolitik war die Revitalisierung der Innenstädte. Hierzu wurde ein Gespräch mit dem Hauptgeschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels, Prof. Dr. Johann Hellwege, geführt. Eine eigene Arbeitsgruppe erarbeitete den Beschluß „Politik für eine lebendige Innenstadt“.

Unter Leitung von Elmar Müller MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Post und Telekommunikation der CDU/CSU-Fraktion, entwickelte eine Arbeitsgruppe den Beschluß „Multimedia – Auswirkungen auf Wohnen, Arbeit und Verkehr“.

Eine weitere Arbeitsgruppe erarbeitete unter Leitung des stellvertretenden Bundesfachausschußvorsitzenden Claus-Peter Grotz MdB den Beschluß „Zukunftssicherung durch Mobilität“. In die Beratungen wurde auch Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann MdB einbezogen.

Darüber hinaus beschäftigte sich der Bundesfachausschuß mit aktuellen wohnungsbau- und verkehrspolitischen Themen und faßte einen Beschluß zur Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten.

(6) Bundesfachausschuß Umweltpolitik

Vorsitzender: Kurt-Dieter Grill MdB (Niedersachsen)
Stellvertreterin: Wilma Glücklich MdB (Berlin)
Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Kubink

Arbeitsgruppen

- Zukunft/Nachhaltige Wirtschaft/Ökologische und Soziale Marktwirtschaft
- Energie und Umwelt
- Umwelt und Landwirtschaft
- Umwelt und Verkehr
- Abfall/Abwasser und Altlasten
- Kommunikationsstrategien

Schwerpunktthemen

- Ausgestaltung der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft

- Verstärkter Einsatz von marktwirtschaftlichen Instrumenten in der Umweltpolitik (zum Beispiel Bilanz und Fortentwicklung des Umwelthaftungsrechts)
- Klimaschutz und Umsetzung des CO-2-Minderungsprogramms
- Ausgestaltung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes
- Kostenentwicklung und Möglichkeiten der Kostensenkung im Gewässerschutz
- Naturschutz/Umwelt und Landwirtschaft
- Umwelt und Entwicklung
- Maßnahmen zur Intensivierung unserer Umweltpolitik vor Ort

Aktionen und Veranstaltungen

- Klausurtagung zur Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft mit Beteiligung externer Wissenschaftler am 24./25. November 1995 in St. Augustin
- Fachliche Unterstützung und Mitarbeit beim Zukunftsforum Ökologie und der Konferenz der Umweltbeauftragten der CDU-Kreisverbände am 31. Mai/1. Juni 1996 in Schwerin

(7) Bundesfachausschuß Agrarpolitik

Vorsitzender: Reimer Böge MdEP (Schleswig-Holstein)
 Stellvertreter(in): Heinrich-Wilhelm Ronsöhr MdB (Braunschweig)
 Petra Wernicke MdL (Sachsen-Anhalt)
 Geschäftsführerin: Gabriele Hopp

Ein Schwerpunktthema des Bundesfachausschusses Agrarpolitik im Berichtszeitraum war die Verzahnung der CDU-Agrar- und Umweltpolitik. Hierzu wurde ein Gespräch mit Bundesumweltministerin Dr. Angela Merkel MdB geführt sowie eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr MdB, eingesetzt.

Der Bundesfachausschuß Agrarpolitik hat sich ebenfalls mit aktuellen agrarpolitischen Themen, insbesondere mit den Auswirkungen der Rinderseuche BSE beschäftigt.

Wichtige langfristige Themen des Bundesfachausschusses sind die Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik vor dem Hintergrund des geplanten Beitritts der mittel- und osteuropäischen Länder zur EU sowie der nächsten GATT-Runde und die Herausforderungen der Agrarpolitik im vereinten Deutschland. Der Bundesfachausschuß Agrarpolitik hat ein Positionspapier zu Herausforderungen in Struktur- und Marktpolitik beschlossen, das am 18. Juli 1996 in einer Pressekonferenz vorgestellt worden ist.

(8) Medienpolitik

Vorsitzender: Staatsminister Anton Pfeifer MdB (Baden-Württemberg)
 Stellvertreter: Parl. Staatssekretär Bernd Neumann MdB (Bremen)
 Geschäftsführer: Ralf Golinski

Der Bundesfachausschuß hat sich insbesondere mit den folgenden Themen befaßt:

- Neufassung der Rundfunkstaatsverträge
- 10. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
- Multimediagesetzgebung des Bundes und der Länder
- Feststellungen und Empfehlungen des Rates für Forschung, Technologie und Innovation: „Informationsgesellschaft – Chancen, Innovation und Herausforderung“
- Bericht der Bundesregierung „Info 2000 – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“
- Arbeit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“

- Medienpolitische Vorhaben in der Europäischen Union

Diese Arbeitsschwerpunkte wurden in verschiedenen Arbeitsgruppen weiter vertieft. Zusätzlich wurden dort u.a. folgende Themen behandelt:

- Entwicklung der Telekommunikations-Infrastruktur in Deutschland vor und nach der Teilliberalisierung der Netze
- Die Lage des deutschen Films und die Strukturen der Filmförderung des Bundes und der Länder
- Gutachterausswertung: „Grundversorgung und Programmauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“, „Verfassungsrechtliche Position des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der dualen Rundfunkordnung“, „Pay-TV im öffentlich-rechtlichen Rundfunk“
- Fragen des Jugendschutzes im Internet, insbesondere des Schutzes vor Gewalt und Pornographie
- Förderung der Medienerziehung und Medienkompetenz an Schulen und Hochschulen in Deutschland

Der Ausschuß faßte in dieser Zeit u.a. Beschlüsse zum dritten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, zur Rundfunkgebührenentscheidung der Ministerpräsidenten, zum geplanten „Europäischen Parlaments- und Ereigniskanal“ des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, zum Jugendschutz im Fernsehen, zum Telekommunikationsgesetz, zur Multi-Media-Gesetzgebung, zu den neuen elektronischen Diensten und Multimedia-Anwendungen, zur Medienerziehung sowie zur europäischen Medienpolitik.

(9) Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik

Vorsitzender: Hermann-Josef Arentz MdL (Nordrhein-Westfalen)

Stellvertreter(in): Dr. Maria Böhmer MdB (Rheinland-Pfalz)

Maria Michalk (Sachsen)

Dr. Paul Hoffacker (Nordrhein-Westfalen)

Geschäftsführerin: Ursula Heinen

Der Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik erarbeitete gemeinsam mit dem Bundesfachausschuß Wirtschafts- und Energiepolitik eine Stellungnahme zur Diskussionsgrundlage für den Konsultationsprozeß über ein gemeinsames Wort der Kirchen „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“.

Unter Leitung des Bundesfachausschußvorsitzenden wurde die Arbeitsgruppe „Sicherung der finanziellen Grundlagen der Sozialversicherung“ eingerichtet, die die Arbeit der CDU-Präsidiums-kommission „Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“ begleitet.

Der Bundesfachausschuß veranstaltete eine familienpolitische Anhörung „Zukunft der Familien“ in Rendsburg.

Beschlüsse

- „Europäisches Gesellschaftsmodell braucht Sozialstaatsprinzip“
- „Aus vorhandener Arbeit Arbeitsplätze machen – Neue Beschäftigung in privaten Haushalten erschließen“
- „Anregungen zur endgültigen Beschlußfassung eines Gesetzes zur Förderung eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand“
- „Recht auf einen Kindergartenplatz“.

(10) Bundesfachausschuß Außen- und Sicherheitspolitik

Vorsitzender: Elmar Brok MdEP (Nordrhein-Westfalen)
Stellvertreter: Dr. Friedbert Pflüger MdB (Niedersachsen)
Dr. Andreas Schockenhoff MdB (Baden-Württemberg)
Geschäftsführerin: Jeannet-Susann Frössinger

Der Bundesfachausschuß Außen- und Sicherheitspolitik hat seit seiner Konstituierung zwei Positionspapiere verabschiedet.

Der Beschluß „Die Rolle der Bundeswehr in einer sich wandelnden Gesellschaft“ vom 20. Juni 1996 befaßt sich mit den neuen Anforderungen, die an die Bundeswehr seit dem Ende des Kalten Krieges gestellt werden, und macht Vorschläge zu notwendigen strukturellen Veränderungen. Die Wehrdienstpflicht wird ausdrücklich bestätigt. Das Papier wurde am 15. Juli 1996 der Presse vorgestellt.

Der Beschluß „Die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union in der Regierungskonferenz 1996“ faßt die Auffassung der CDU zur Weiterentwicklung des zweiten Pfeilers der Europäischen Union bei der Regierungskonferenz zusammen. Der Beschluß wurde am 16. September 1996 der Presse vorgestellt und liegt auch als Antrag dem 8. Bundesparteitag vor.

Der Bundesfachausschuß überarbeitet derzeit seine Beschlüsse zur deutschen Chinapolitik und zu den Maßnahmen gegen die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Außerdem wird eine Aussage zur Mittelmeerpolitik vorbereitet.

Gäste der Sitzungen waren neben zahlreichen Experten und Sachverständigen wissenschaftlicher Institute Bundesverteidigungsminister Volker Rühle MdB, der französische Europaminister Michel Barnier, sowie der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. Werner Hoyer MdB.

Weitere Schwerpunktthemen:

- Vertiefung der transatlantischen Beziehungen
- Osterweiterung der EU
- Europa und Rußland: Auf dem Weg zu einer umfassenden Partnerschaft
- Die Zukunft des asiatischen Raums
- Rollen und Aufgaben der internationalen Organisationen zur Friedenssicherung in Europa und der Welt
- Herausforderungen für die europäische Außenpolitik im 21. Jahrhundert

(11) Bundesfachausschuß Europapolitik

Vorsitzender: Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP (Nordrhein-Westfalen)
Stellvertreterinnen: Christine Lieberknecht MdL (Thüringen)
Doris Pack MdEP (Saarland)
Geschäftsführer: Gert Olav Göhs

Der Schwerpunkt der Arbeit des Bundesfachausschusses liegt in der Begleitung der aktuellen europapolitischen Agenda. Im Mittelpunkt stehen dabei die Maastricht-Nachfolgekonferenz 1996/1997, die Vorbereitungen auf die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Vorbereitungen für die Erweiterungsverhandlungen mit Malta, Zypern und mit den assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas. Im Hinblick auf die europäische Währungsunion befaßt sich der Bundesfachausschuß Europapolitik auch mit der Öffentlichkeitsarbeit („Euro-Dialog“). Ein weiteres wichtiges Anliegen des Bundesfachausschusses ist die Schaffung eines bürgernahen Europas. In diesem Zusammenhang hat sich der Bundesfachausschuß mit der europäischen Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik, mit dem Subsidiaritätsprinzip und mit der Stellung der Senioren in der EU beschäftigt.

Beschlüsse

- „Bundesfachausschuß Europapolitik der CDU unterstützt Waigels Stabilitätspakt für Europa“, 4. Dezember 1996
- „CDU unterstützt Ausweitung des Subsidiaritätsprinzips in der Europäischen Union auf die Kommunen“, 4. März 1996
- „Bundesfachausschuß Europapolitik der CDU fordert die Einführung eines europäischen Seniorenausweises“, 10. Juni 1996

(12) Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik

Vorsitzende: Anne-Karin Glase MdEP (Brandenburg)
Stellvertreter: Armin Laschet MdB (Nordrhein-Westfalen)
Prof. Dr. Winfried Pinger MdB (Nordrhein-Westfalen)

Geschäftsführer: Winfried Weck

Der Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik hat sich für die laufende Legislaturperiode zum Ziel gesetzt, einen umfassenden Überblick über die entwicklungspolitischen Positionen der CDU zu erarbeiten. Dies umfaßt neben der Formulierung neuer Beschlüsse auch die Revision und Überarbeitung von Beschlüssen der vergangenen Legislaturperiode.

Arbeitsgruppen

- Die Entwicklungspolitik der CDU – Grundsätze, Ziele, Schwerpunkte
- Entwicklungszusammenarbeit als Beitrag zu einer „Welt-Zukunftspolitik“
- Die soziale Dimension von Entwicklung
- Weltbevölkerung, Ernährungssicherung und Ressourcennutzung
- Perspektiven der Europäischen Entwicklungspolitik
- Kleinere und mittlere Unternehmen als Träger von Entwicklung
- Entwicklungspolitik im Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit

Beschlüsse

- „Komplementäre Beteiligung der Nichtregierungsorganisationen an der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“, 13. Mai 1996
- „Handel, Marktwirtschaft und Entwicklung“, 25. Juni 1996

(13) Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ)

Vorsitzender: Herbert Helmrich MdL (Mecklenburg-Vorpommern)
Stellvertreter: Jakob Kraetzer (Berlin/Brandenburg)
Walter Remmers MdL (Sachsen-Anhalt)
Prof. Dr. Rupert Scholz MdB (Berlin/Brandenburg)
Prof. Dr. Winfried Tilmann (Nordrhein-Westfalen)

Geschäftsführerin: Karin Althaus-Grewe

Fachkommissionen

- „Europa“ (Vorsitz: Prof. Dr. Carl Otto Lenz)
- „Kartellrecht“ (Vorsitz: Prof. Dr. Winfried Tilmann)
- „Vergaberecht“ (Vorsitz: Prof. Dr. Winfried Tilmann)
- „Rechts- und Verwaltungsvereinfachung“ (Vorsitz: Prof. Dr. Klaus Letzgas)

Schwerpunktthemen

- Rechts- und Verwaltungsvereinfachung
- Entlastung der Rechtspflege im zivil- und strafrechtlichen Bereich

- Europäische Rechtspolitik
- Rechtsfragen bei der Einführung der Europäischen Währungsunion
- Europäisches Kartell- und Vergaberecht
- Rechtsfragen bei der Einrichtung einer europäischen Polizeibehörde
- Rechtliche Rahmenbedingungen für die innere Sicherheit Deutschlands
- Rolle und Funktionsweise des Bundesverfassungsgerichts

Beschlüsse

- „Grundsätze des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen zum europäischen und nationalen Vergaberecht – Vergaberechtsgrundsätze des BACDJ“, 29. Januar 1996
- „Grundsätze und Thesen des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen zum europäischen und nationalen Kartellrecht – Kartellrechtsthese des BACDJ“, 3. April 1996
- „Grundsätze des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen für einen umfassenden Rechtsschutz der EU-Bürger nach der EUROPOL-Konvention – EUROPOL-Beschluß des BACDJ“, 19. Juli 1996

3. Unterstützung von Wahlkämpfen

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat die Landtagswahlkämpfe in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein in enger Abstimmung mit den jeweiligen Landesverbänden unterstützt. Neben inhaltlicher und konzeptioneller Zusammenarbeit wurde auch personelle Unterstützung geleistet.

Eine besonders öffentlichkeitswirksame Maßnahme in der Schlußphase dieser Wahlkämpfe war der „Rentenbrief“ des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl. In einem persönlichen Schreiben an die über sechzigjährigen Bürgerinnen und Bürger erläuterte er die aktuelle Rentensituation, um vor allem dem in der Öffentlichkeit erweckten Eindruck entgegenzuwirken, die Renten seien unsicher geworden. Für die Bundesgeschäftsstelle bedeutete es eine große logistische Herausforderung, die gut zweieinhalb Millionen Briefe in kürzester Frist in Tag- und Nachtschicht zu produzieren und an die Kreisverbände auszuliefern. Die Parteimitglieder haben vor Ort in großartiger Weise mitgearbeitet und die Briefe flächendeckend verteilt.

In Baden-Württemberg erhielten rund 90 % aller Bürger über 60 Jahren (1.384.000) den Rentenbrief, in Rheinland-Pfalz waren es rund 95 % (843.000). In Schleswig-Holstein konnte mit 245.000 Briefen nur etwa die Hälfte der über Sechzigjährigen erreicht werden, da viele Meldeämter keine Anschriften herausgegeben bzw. zu hohe Gebühren für die Herausgabe verlangt hatten.

Zu den öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen zählte die Produktion von Türanhängern mit einem Wahlaufruf, die den Landesverbänden wenige Tage vor dem Wahltag zugestellt wurden.

Der Landesverband Baden-Württemberg wurde über drei Monate durch eine Mitarbeiterin der Bundesgeschäftsstelle beim Kandidatenservice unterstützt. Dabei standen die Konzeption sowie die Durchführung einzelner Maßnahmen im Mittelpunkt. Außerdem wurden dort Telefonmarketing-Schulungen durchgeführt.

Zur Kommunalwahl in Niedersachsen hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle am Samstag vor der Wahl flächendeckend eine Anzeige in den niedersächsischen Tageszeitungen geschaltet. Darin begründete der Parteivorsitzende Helmut Kohl die Entscheidungen der Bundesregierung und die Vorstellungen der CDU zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

3.1 Veranstaltungen mit dem Parteivorsitzenden

Im Berichtszeitraum fanden 25 Wahlkampfkundgebungen mit dem Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, statt. Trotz der jahreszeitlich bedingt schlechten Witterung lag der Schwerpunkt auf Freiluftkundgebungen, da das Fassungsvermögen der vorhandenen Hallen nicht ausreichte, den großen Teilnehmerzulauf aufzunehmen. Insgesamt kamen über 113.000 Teilnehmer, um die Wahlkampfkundgebungen des Parteivorsitzenden bei den Landtagswahlkämpfen in Berlin, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz sowie beim Kommunalwahlkampf in Niedersachsen und Baden-Württemberg zu erleben.

Überblick über die Veranstaltungen

Datum	Ort / Anlaß	Teilnehmerzahl
19.10.1995	Berlin Wahlen zum Abgeordnetenhaus	8.000
15.02.1996	Rendsburg Landtagswahl Schleswig-Holstein	2.000
24.02.1996	Stuttgart Landtagswahl Baden-Württemberg	5.000
27.02.1996	Heilbronn Landtagswahl Baden-Württemberg	2.500
27.02.1996	Aalen Landtagswahl Baden-Württemberg	2.500
05.03.1996	Kiel Landtagswahl Schleswig-Holstein	5.000
05.03.1996	Schleswig Landtagswahl Schleswig-Holstein	2.500
08.03.1996	Heidelberg Landtagswahl Baden-Württemberg	6.000
08.03.1996	Bad Kreuznach Landtagswahl Rheinland-Pfalz	2.500
12.03.1996	Tübingen Landtagswahl Baden-Württemberg	6.000
12.03.1996	Pforzheim Landtagswahl Baden-Württemberg	3.500
14.03.1996	Lörrach Landtagswahl Baden-Württemberg	5.000
14.03.1996	Villingen-Schwenningen Landtagswahl Baden-Württemberg	6.000

15.03.1996	Trier Landtagswahl Rheinland-Pfalz	8.000
15.03.1996	Kaiserslautern Landtagswahl Rheinland-Pfalz	2.500
19.03.1996	Elmshorn Landtagswahl Schleswig-Holstein	5.000
19.03.1996	Bad Oldesloe Landtagswahl Schleswig-Holstein	2.500
20.03.1996	Mainz Landtagswahl Rheinland-Pfalz	10.000
20.03.1996	Koblenz Landtagswahl Rheinland-Pfalz	3.000
21.03.1996	Schwäbisch Hall Landtagswahl Baden-Württemberg	5.000
21.03.1996	Ulm Landtagswahl Baden-Württemberg	3.500
06.09.1996	Wolfenbüttel Kommunalwahl Niedersachsen	5.000
06.09.1996	Hannover Kommunalwahl Niedersachsen	3.300
11.10.1996	Stuttgart Kommunalwahl Baden-Württemberg	8.000

3.2 Bundesrednereinsatz

Im Berichtszeitraum fanden die Wahlen zum Abgeordnetenhaus Berlin, die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein sowie die Kommunalwahlen in Niedersachsen statt.

Für die Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin am 22. Oktober 1995 wurden 43 Bundespolitiker angeschrieben und gebeten, Termine zur Verfügung zu stellen. Es haben 152 Veranstaltungen stattgefunden, ein großer Teil davon waren öffentliche Veranstaltungen und Pressegespräche.

Am 24. März 1996 fanden die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein statt. Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein hatten die Bundesgeschäftsstelle um Unterstützung gebeten. Ab Januar des Jahres wurden von 77 Bundespolitikern fast 300 Veranstaltungen durchgeführt. Hierfür wurden 10.000 Bildplakate bestellt. Der Landesverband Baden-Württemberg hat die Bundesredner direkt angesprochen.

Auch für die Kommunalwahlen in Niedersachsen am 15. September 1996 wurde ein zentraler Bundesrednereinsatz organisiert. 26 Bundespolitiker wurden um Mithilfe gebeten. Sie bestritten im August und September 84 Termine, u.a. auch Informationsbesuche und Betriebsbesichtigungen sowie Zielgruppengespräche.

3.3 Inhaltliche Zuarbeiten zu Wahlkämpfen

Es muß inzwischen als langfristig verfestigter Trend gelten, daß bundespolitische Aspekte in Landtags- und Kommunalwahlkämpfen eine bedeutende Rolle spielen. Ein markantes Beispiel für diesen bundespolitischen Einfluß war die endgültige Verabschiedung der nicht zustimmungspflichtigen Teile des „Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung“ durch den Deutschen Bundestag unmittelbar vor der Kommunalwahl 1996 in Niedersachsen. Die Bundesgeschäftsstelle der CDU sieht sich in der Pflicht, die nachgeordneten wahlkampfführenden Verbände ausreichend mit Informationen und Argumentationen zur aktuellen Bundespolitik auszustatten.

Im parteiinternen Kommunikationsverbund „KomSys“ wurde die Rubrik „Politik aktuell“ eingerichtet, in der möglichst tagesaktuell, auf jeden Fall aber immer sehr zeitnah zu allen wichtigen politischen Vorgängen auf Bundesebene Informationen angeboten werden. Wenn ein Thema sich zur Massenkommunikation eignet, wird es auch als gestaltete Flugblatt-Vorlage aufbereitet; KomSys ist in Zusammenarbeit mit einem speziellen Hilfsprogramm in der Lage, unabhängig von der örtlichen Geräte-Ausstattung die Flugblattgestaltung ohne Qualitätsverlust auf einen Drucker auszugeben.

Mit der für das Medium typischen, aber nicht änderbaren zeitlichen Verzögerung werden diese aktuellen Informationen auch über den UiD verbreitet.

Neben der tagesaktuellen Information hat die grundständige Versorgung der Wahlkämpfer mit bundespolitischen Argumenten und Informationen stark an Bedeutung gewonnen. In der Regel werden im Vorfeld einer Wahl aktualisierte Argumentations-Karten entwickelt, die sich nach wie vor großer Beliebtheit erfreuen. Diese Karten werden in Zusammenarbeit zwischen Bundesgeschäftsstelle und Landesgeschäftsstellen erstellt, so daß die bundes- und landespolitischen Fakten und Argumente auf einer einzigen Karte zu finden sind.

Die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle sind bereit – und haben dies im zurückliegenden Jahr auch mehrfach praktiziert –, schon in der Planungsphase eines Landtags- oder Kommunalwahlkampfes beratend mitzuwirken. Probleme der politischen Strategie, der inhaltlichen und terminlichen Planung, der Wahlkampflinie und des Medieneinsatzes können somit auch im Rückgriff auf die Ressourcen der Bundespartei und anderer Landesverbände angegangen werden.

3.4 Kommunalwahlrecht für EU-Bürger

Nach den Bestimmungen des Maastrichter Vertrages erhalten alle EU-Bürger unterschiedslos das aktive und passive Wahlrecht bei den Kommunalwahlen in ihrem Wohnsitzmitgliedstaat. Die Einzelheiten der Ausübung dieses Kommunalwahlrechts sind in einer Richtlinie des Rates der Europäischen Union vom 19. Dezember 1994 (Richtlinie 19/80/EG des Rates) festgelegt. Unionsbürger können in dem Land, in dem sie ihren Wohnsitz haben, unter den gleichen Voraussetzungen wählen wie die Staatsbürger dieses Landes. Die Mitgliedstaaten mußten die Bestimmungen der Wahlrechtsrichtlinie bis zum 1. Januar 1996 in innerstaatliches Recht umsetzen.

Vor diesem Hintergrund betrachtet die CDU Deutschlands das neue Wahlrecht als eine Herausforderung und zugleich als Chance. Daher hat die Bundesgeschäftsstelle im Frühjahr dieses Jahres den Leitfaden „Kommunalwahlrecht für EU-Bürger“ veröffentlicht. Dieser Leitfaden informiert über die wichtigsten rechtlichen Bestimmungen und die individuellen Regelungen bei der Umsetzung des neuen Wahlrechts in jedem Bundesland. Er beinhaltet eine Flugblattvorlage und deren Übersetzung in alle Sprachen der EU. Ferner enthält er eine Reihe von Aktionsvorschlägen für die örtlichen Parteigliederungen, denn diese haben die Schlüsselfunktion inne bei der Ansprache und der Pflege des Kontakts zu den nationalen Gruppen unserer Unionsmitbürger in Deutschland.

Innerhalb weniger Wochen war der Leitfaden bereits vergriffen, so daß im Sommer eine zweite, überarbeitete Auflage in Druck gegeben worden ist. Dies verdeutlicht anschaulich, wie wichtig umfassende Informationen zu diesem Thema für die örtlichen Parteigliederungen sind.

4. Kongresse / Aktionen

4.1 Weiterführung der Zukunftsthematik des 7. Parteitages

Im Mittelpunkt des 7. Parteitages 1995 in Karlsruhe stand der „Zukunftstag“ mit profilierten Grundsatzreden externer Gäste im Plenum und intensiven Diskussionen in vier Foren. Über diesen „Zukunftstag“ hat die Bundesgeschäftsstelle eine attraktiv gestaltete Sonderdokumentation herausgegeben. Um die Bedeutung der Zukunftsdiskussion zu unterstreichen, wurde eine eigene Werbelinie entwickelt, die die optische Klammer aller Materialien und Veranstaltungen zur Zukunftsdiskussion bilden soll.

In seinem Brief zum Jahreswechsel 1995/96 hat der Generalsekretär alle Parteigliederungen aufgefordert, die Impulse des Karlsruher Parteitages aufzugreifen und eine breit angelegte Diskussion über Zukunftsfragen auf allen Ebenen der Partei zu führen. Zur Unterstützung dieser Diskussion hat die Bundesgeschäftsstelle sechs „Zukunfts-Reader“ zu ausgewählten Zukunftsthemen vorbereitet. Darin sind Reden und Aufsätze gesammelt, zu denen man vor Ort in der Regel kaum Zugang hat. Den Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse ist im Verlauf einer Besprechung mit dem Generalsekretär die Bedeutung der Zukunftsthematik erläutert worden. Sie wurden gebeten, die Arbeit der Ausschüsse vorrangig auf entsprechende Themen auszurichten.

Die Bundespartei hat die Zukunftsthematik auch durch mehrere Fachkongresse vertieft und der Diskussion dadurch die notwendige mediale Aufmerksamkeit verschafft.

4.2 Zukunftsforum „Recht sichert Freiheit“

Der Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) hatte seinem rechtspolitischen Kongreß am 18. und 19. März 1996 das Thema „Gewaltenteilung – noch im Gleichgewicht?“ gegeben. Diese kritische Frage war sinnfälliger Ausdruck einer zunehmenden Beunruhigung darüber, ob das System der Gewaltentrennung und Gewaltenhemmung noch funktioniert. Im Plenum sowie in drei Arbeitsforen – Gewaltenteilung und die Rolle des Bundesverfassungsgerichts, Gewaltenteilung und Medien, Gewaltenteilung und Rechtsbewußtsein – diskutierten etwa dreihundert Kongreßteilnehmer mit Sachverständigen aus Wissenschaft, Politik und Praxis zu einzelnen, mit Fragen der Gewaltenteilung verknüpften Aspekten.

Gewaltenteilung und Rolle des Bundesverfassungsgerichts

In seiner Eröffnungsrede wies der damalige Justizminister – inzwischen Innenminister – des Landes Baden-Württemberg, Dr. Thomas Schäuble MdL, auf die Vielzahl möglicher Ungleichgewichte zwischen den Staatsgewalten bzw. zwischen den Staatsgewalten und anderen, außerhalb von Legislative, Exekutive und Judikative wirkenden Kräften hin; z.B. den Mißbrauch des Bundesrats als Hebel der Bundestagsopposition, die verstärkte Einsetzung sog. „Runder Tische“ als außerhalb des Grundgesetzes vorgesehene Institutionen, die Medien als vierte Gewalt etc. Es ginge schon lange nicht mehr nur um das Zusammenspiel von Legislative, Exekutive und Judikative. In unserer parlamentarischen Demokratie mit Parteien, Fraktionen, Verbänden und Medien hätten weitere Machtfaktoren im Geflecht der gegenseitigen Kontrolle und Beschränkung an Bedeutung gewonnen.

Prof. Dr. Wolfgang Kries (Universität Saarbrücken) zeichnete in seinem Fachvortrag nach, wie durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Kompetenzen des Gesetzgebers und der Fachgerichte beschnitten wurden; wie durch weichenstellende Grundrechtsauslegungen des Bundesverfassungsgerichts die heutige Flut der Verfassungsbeschwerden erst entstand. Die am schwersten wiegende Verlagerung der Gewichte im grundgesetzlich ausbalancierten System der geteilten Staatsgewalt habe sich im Gefolge der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu den Grundrechten vollzogen – zu Lasten des parlamentarischen Gesetzgebers, auf Kosten aber auch der Justiz. Die heute fast schon als verhängnisvoll zu bezeichnende Ausweitung des Grundrechts der allgemeinen Handlungsfreiheit sowie die Übergewichtung des Grundrechts der

Das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung



GEMEINSAM FÜR DEUTSCHLAND

Wirtschaft stärken Arbeitsplätze schaffen

ANTWORTEN

- Mehr Existenzgründungen
- Leistungsfreundliche Steuern
- Solide Finanzen
- Sicheres soziales Netz
- Moderne Wirtschaft
- Schlanker Staat

CDU

GEMEINSAM FÜR DEUTSCHLAND

Vorrang für Beschäftigung Zahlen, Daten, Fakten

- Wirtschaftliche Entwicklung
- Preisanstieg und Zinsen
- Staatsausgaben
- Steuern
- Lohnnebenkosten
- Existenzgründungen

CDU

GEMEINSAM FÜR DEUTSCHLAND

Vorrang für Beschäftigung Zahlen, Daten, Fakten

che Entwicklung
und Zinsen
n
n
en

CDU

Mut zur
Veränderung
sichert Zukunft

Reformen für Deutschland

FÜR MEHR
WACHSTUM UND
BESCHÄFTIGUNG **CDU**

Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung

Beschluß der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Text mit aktualisierten
Erläuterungen

FÜR MEHR
WACHSTUM UND
BESCHÄFTIGUNG **CDU**

Zu dem »Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung« hat die Bundesgeschäftsstelle umfangreiches Informationsmaterial erstellt. Die erste Phase der Kampagne, von Januar bis März, stand unter dem Motto »Gemeinsam für Deutschland – Wirtschaft stärken – Arbeitsplätze schaffen«.

Das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung

Die zweite Phase der Kampagne stand unter dem Motto »Mut zur Veränderung sichert Zukunft«.



Mehr Wachstum und Beschäftigung

Für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung Wir müssen handeln

Arbeitsrecht und Arbeitsförderung flexibel gestalten

Die Fundamente unseres Sozialstaats dauerhaft sichern

Europa macht sich fit für die Zukunft Deutschland muß mitmachen

Offensive für unternehmerische Selbständigkeit

Mut zur Veränderung sichert Zukunft

FÜR MEHR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG CDU

Mut zur Veränderung sichert Zukunft

FÜR MEHR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG CDU

Die Aktion »Schöpfung bewahren«



Teresa Jung, 8 Jahre

Der Fußball-EM-Kalender

Fußball-Europameisterschaft

8. bis 30. Juni 1996
England



CDU

Liebe Fußballfreunde,

im Juni dieses Jahres treffen sich die sechzehn besten Mannschaften Europas zur Endrunde der Fußball-Europameisterschaft in England. Die deutsche Mannschaft geht mit guten Chancen in das Turnier. Uns wurden starke Gegner zugelost. Schwere Spiele stehen auf dem Programm, für die ich Bundestrainer Berti Vogts und unserer Mannschaft viel Erfolg wünsche.



Nicht nur die deutsche Nationalmannschaft hat schwierige Aufgaben vor sich, auch die europäische Politik steht in den kommenden Jahren vor einer Reihe entscheidender Weichenstellungen. Die europäische Einigung ist und bleibt für Deutschland und Europa, aber auch für die Sicherung unserer aller Zukunft von existentieller Bedeutung. Deshalb müssen wir den europäischen Einigungsprozeß entschlossen voranbringen und ihn politisch unumkehrbar machen. Wenn wir – wie im Sport – zusammenstehen, werden wir mit Teamgeist die vor uns liegenden Aufgaben erfolgreich meistern.

Ich wünsche uns allen spannende und schöne Spiele und der deutschen Mannschaft viel Erfolg.

Helmut Fischer
für Sie

Die Mannschaften

Gruppe A

England
Schweiz
Niederlande
Schottland

Gruppe B

Spanien
Bulgarien
Rumanien
Frankreich

Gruppe C

Deutschland
Tschechien
Italien
Rußland

Gruppe D

Danemark
Portugal
Türkei
Kroatien

Unsere Gegner

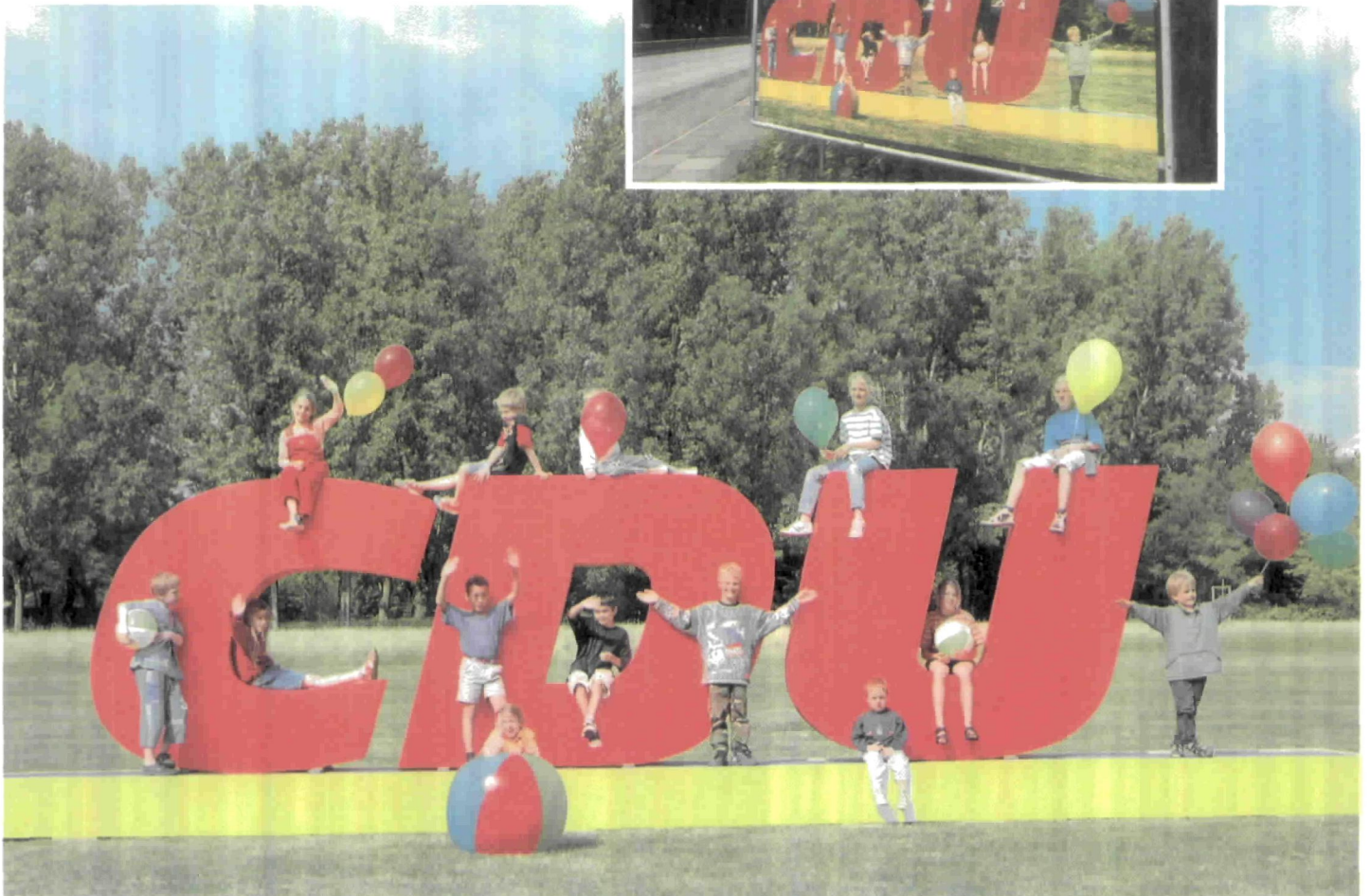
Tschechien

Die Mannschaft aus der jungen Republik Tschechien ist nicht zu unterschätzen. In der Qualifikation ließ sie sogar den Gruppenfavorit Niederlande hinter sich.

Bei diesen Spielen erwies sich die Abwehr als stark, jedoch ließ der Sturm zu wünschen übrig. Es wurden bei der EM-Qualifikation sieben Stürmer eingesetzt. Als Pechvogel erwies sich der Kaiserslauterer Stürmer Pavel Kuka, der in den Qualifikationsspielen nur ein Tor schöß.

Weitere Bundesligaspieler im tschechischen

Das Sommermotiv



Mitgliederwerbeaktion

»100 000 Gespräche«

Auch 1996 wurde die Mitgliederwerbeaktion fortgesetzt. Mit dem sechseitigen Rahmenfaltblatt kann sich jeder Verband auf drei Seiten individuell vorstellen.



Politik gestaltet Zukunft - gestalten Sie mit!

„Demokratie braucht wie keine andere Staatsform die Einsatzbereitschaft möglichst vieler. Demokratie sichert Freiheit und lebt von Vielfalt. Sie braucht geistige Impulse, auch lebendigen Widerspruch und offenen Disput, um selbst lebendig, vital bleiben zu können.“

Helmut Kohl

Der CDU-Stadtverband Rodgau stellt sich vor:



Vorsitzende
Christa
Breitenbach

Überlassen Sie Ihre Zukunft nicht den anderen! Es liegt auch an Ihnen, ob Ihre und unsere Überzeugung in aktive Politik umgesetzt werden.

Machen Sie mit uns kommunale Politik zu Ihrer ureigenen Sache. Kommen Sie zur CDU.

Politikverdrossenheit ist ein Schlagwort unserer Zeit. Parteien klagen über Gleichgültigkeit und mangelndes Engagement der Menschen, die Bevölkerung über Fehler der Politiker.

Wir, die CDU in Rodgau, haben stets großen Wert darauf gelegt, unsere Politik bürgernah zu gestalten; immer „mit dem Ohr am Bürger“. Nur aus der Vielfalt der Meinungen kann sich gute kommunale Politik entwickeln. Tragen Sie mit Ihren Gedanken und Ideen dazu bei. Ihre Zukunft mitzugestalten! Als Mitglied der CDU.

Bürgermeister
Paul Scherer

Politik wird von Menschen gemacht. Viele von Ihnen kennen uns persönlich. Sie wissen, daß wir uns mit ganzer Kraft für die Menschen in unserer Stadt einsetzen. Sie sind herzlich eingeladen Politik und Leben in Rodgau mit uns zu gestalten.



Stadtverordnetenvorsteher
Karl Erb



Fraktionsvorsitzender
Hans-Jürgen Lange



Stadtrat
Alfred Schüler



Mitglied des Landtags
Frank Lortz



Mitglied des Bundestags
Wolfgang Steiger

Zum Papst-Besuch veröffentlichte die CDU-Bundesgeschäftsstelle die Dokumentation mit dem Titel »Der Mensch ist zur Freiheit berufen«.

Das Foto zeigt Papst Johannes Paul II., Bundeskanzler Helmut Kohl und den Regierenden Bürgermeister von Berlin Eberhart Diepgen vor dem Brandenburger Tor in Berlin.

Als Broschüre wurde diese Dokumentation mit einer Auflage von 40.000 Exemplaren gedruckt und verteilt. Die Verteilung löste eine beispiellos große Nachfrage aus.

„Der Mensch ist zur Freiheit berufen“

Dritter Pastoralbesuch von Papst Johannes Paul II. in der Bundesrepublik Deutschland vom 21. bis 23. Juni 1996



CDU-Dokumentation 22/1996

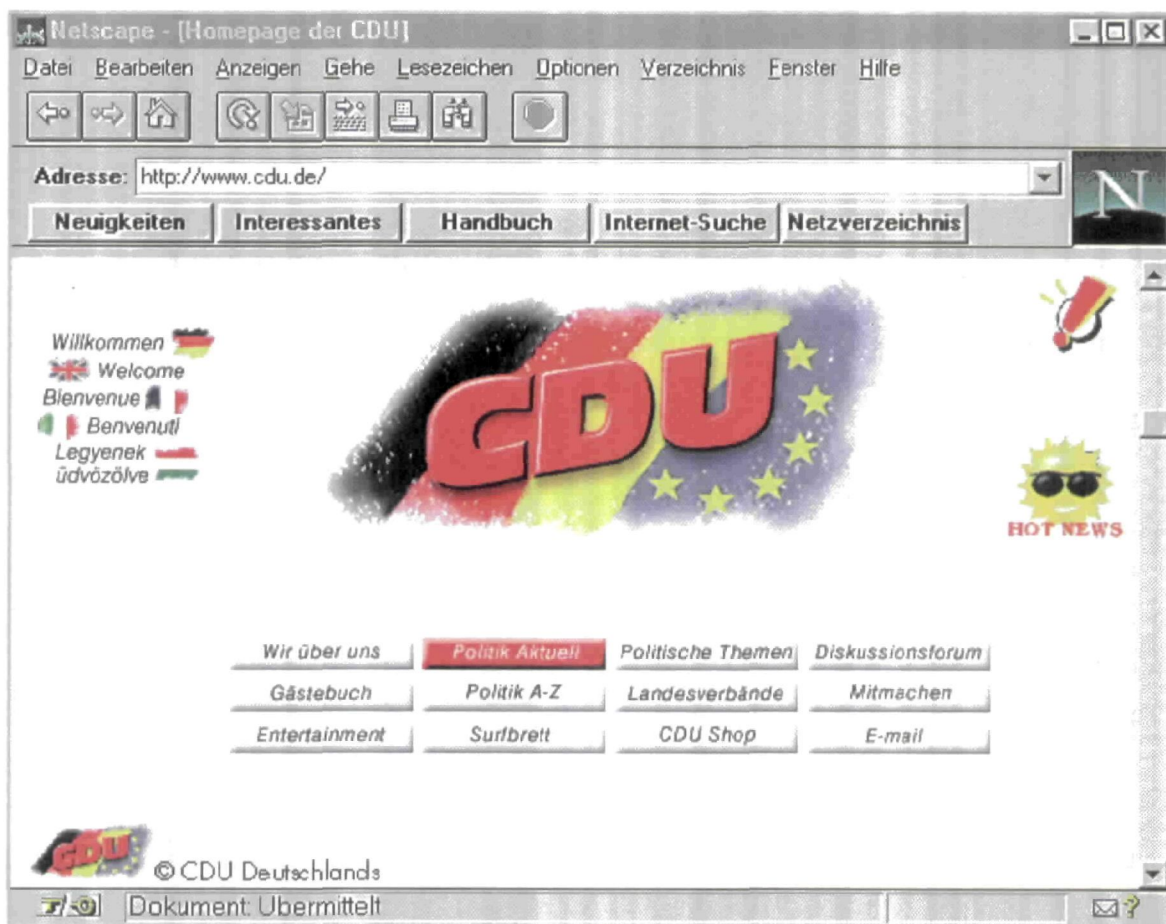
Die CDU im Internet

Willkommen 
 Welcome 
 Bienvenu 
 Benvenuti 

Die CDU präsentiert sich seit einem Jahr mit einem eigenen Programm (<http://www.cdu.de>) im weltweiten Datennetz Internet.

Eine erste Bilanz zeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg. Im

ersten Jahr wurde die Homepage ca. 120.000 mal besucht. Viele von diesen Besuchern erreichen wir ausschließlich über dieses Programm, und sie nehmen nur auf diesem Weg mit uns Kontakt auf.



Meinungsfreiheit seien klare Folge einer schon in den fünfziger Jahren einsetzenden Verfassungsrechtsprechung.

Diskussion in den Foren

Am Nachmittag des ersten Tages wurden die in den Grundsatzreferaten angesprochenen Fragen in Podiumsgesprächen und Diskussionen mit den Kongreßteilnehmern im Rahmen von Arbeitsforen vertieft.

Im Forum „Die Medien als meinungsbildende Faktoren und ihr Einfluß auf die drei Staatsgewalten“ sprachen als Podiumsteilnehmer unter der Moderation von Gernot Facius neben Vertretern der Medien – Redakteur Dr. Wolfgang Kaden und SWF-Intendant Peter Voß – der Verfassungsrechtler Prof. Dr. Herbert Bethge, der Kommunikationswissenschaftler Prof. Dr. Hans Matthias Kepplinger und der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion Hessen, Dr. Franz Josef Jung MdL.

Das Podium im Forum „Recht ist, was gefällt – Ursachen für schwindende Akzeptanz des Rechts und das zurückgehende Rechtsbewußtsein in der Bevölkerung“ war mit den Juristen Prof. Dr. Burmeister (Universität Köln), Herbert Helmrich MdL (BACDJ-Vorsitzender), Dr. Jörg Schomaker (Deutscher Richterbund) und Bernhard Töpfer (ZDF), Dr. Renate Köcher (Institut für Demoskopie Allensbach) und Josef Kraus (Deutscher Lehrerverband) besonders interdisziplinär besetzt. Die Moderation übernahm die stellvertretende BACDJ-Vorsitzende, Staatssekretärin Dr. Gabriele Wurzel.

Im Forum „Die Rolle des Bundesverfassungsgerichts im Gefüge der staatlichen Gewalten“ schließlich diskutierten unter der Moderation von Dr. Rudolf Wassermann die Verfassungsrechtler Prof. Dr. Peter Badura, Prof. Dr. Hans Hugo Klein und Prof. Dr. Hans Meyer sowie die Rechtspolitiker Staatsminister Hermann Leeb MdL und Walter Remmers MdL.

Am zweiten Tag des Kongresses wurden zunächst die wichtigsten Ergebnisse der Beratungen aus diesen Foren vorgetragen. Den Abschluß der Veranstaltung bildete ein Vortrag der Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Leni Fischer MdB, über die Bedeutung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit für die weitere Entwicklung Rußlands.

Bundesverfassungsgericht als „Löwe unter dem Thron“

Aufgrund jüngerer, besonders umstrittener Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts („Sitzblockadenbeschluß“, „Soldatenbeschluß“, „Kruzifixbeschluß“) erhielt die Diskussion um die Rolle und Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts eine besondere Aktualität. Referenten und Kongreßteilnehmer erörterten sachlich und ohne polemische Richterschelte, aus welchen Gründen die Grenzen zwischen Rechtsbewahrung und Rechtserneuerung, zwischen Verfassungsauslegung und Aktualisierung von Verfassungsrecht, zwischen Verfassungsgerichtsbarkeit und Politik zunehmend verschwimmen. Prof. Dr. Badura faßte die Besorgnis der Mehrheit der Anwesenden um die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zusammen mit dem Bild des „Löwen unter dem Thron“: Der Thron des König David habe unter den Armlehnen zwei Löwen gezeigt als Symbol der Richtermacht unter dem Thron, der Autorität des einstig königlichen Herrschers, unseres heutigen Parlaments mit seinen gewählten Volksvertretern, denen gegenüber das Bundesverfassungsgericht sich nur durch die Qualität seiner Entscheidungen Autorität verschaffen könne.

4.3 Zukunftsforum „Damit unsere Erde Zukunft hat“

„Damit unsere Erde Zukunft hat – Ökologische und Soziale Marktwirtschaft“ lautete das Motto des Zukunftsforums Ökologie am 31. Mai 1996 in Schwerin. Für die CDU sei die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Konzeption des 21. Jahrhunderts, unterstrich Generalsekretär Peter Hintze in seinem Eröffnungsreferat. Mehr als 600 Teilnehmer verfolgten anschließend auch die Ausführungen von Bundesumweltministerin Dr. Angela Merkel MdB und Ministerpräsident Dr. Berndt Seite MdL. In einem Grundsatzreferat erläuterte die stellvertretende Bundesvorsitzende die Schwerpunkte und Schritte, die in den kom-

menden Jahren zur Ausgestaltung der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft nötig sein werden.

Auf besonderes Interesse stieß das Referat des Astronauten Dr. Ulf Merbold, der in einem engagierten Dia-Vortrag auf die besonderen umweltpolitischen Herausforderungen aus „der Perspektive des Weltraumes“ hinwies. Nur mit einer globalen Anstrengung, in der insbesondere die Industriestaaten mit fortschrittlicher Technologie die großen umweltpolitischen Gefahren bekämpften, könnten wir auf Dauer unsere natürlichen Lebensgrundlagen sichern. Und diese Gefahren sind heute schon allgegenwärtig, wie Merbold mit Weltraumaufnahmen eindrucksvoll belegte.

Intensiv wurde in zwei Diskussionsrunden am Nachmittag über den „Änderungsbedarf in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft“ sowie über den Themenkomplex „Von der Nachsorge zur Vorsorge – Instrumente für eine nachhaltige Entwicklung“ diskutiert. Einig waren sich in der ersten Diskussionsrunde die Teilnehmer, die wie die Gesamtveranstaltung vom Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Umweltpolitik, Kurt-Dieter Grill MdB, moderiert wurde, darin, daß in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ein deutlicher Wandel eintreten muß, um die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung dauerhaft zu verwirklichen. Zu den Teilnehmern dieser Diskussionsrunde zählten Jochen Flasbarth, Präsident des Naturschutzbundes Deutschland, Dr. Jörg Mittelsten Scheid, Persönlich haftender Gesellschafter Vorwerk & Co., der Minister für Wirtschaft des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Jürgen Seidel, sowie das Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, Jürgen Walter.

Intensiv wurden im zweiten Forum die Instrumente für eine nachhaltige Entwicklung diskutiert. Zu den Diskussionsteilnehmern zählten hier: Dr. Henner Ehringhaus, Vorsitzender des Fördervereins Ökologische Steuerreform, Prof. Dr. Paul Klemmer, Präsident des Rheinisch-Westfälischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Bundesumweltministerin Dr. Angela Merkel MdB und der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Gunnar Uldall MdB. Konsens bestand darüber, daß der Abbau von übermäßigen Reglementierungen und der Schutz der Umwelt keine Gegensätze zu sein brauchten. Besonders marktwirtschaftliche Instrumente, die einen individuellen Anreiz zur Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen schaffen, sollten weiter ausgebaut werden.

Am 1. Juni schloß sich – ebenfalls in Schwerin – die Konferenz der Umweltbeauftragten der CDU-Kreisverbände an. Auf ihr wurden insbesondere die umweltpolitischen Probleme vor Ort und Maßnahmen zum Klimaschutz diskutiert. Neben dem Präsidenten des Umweltbundesamtes, Dr. Andreas Troge, der ein Grundsatzreferat „Schutz der Umwelt – Anforderungen heute“ hielt, nahmen an der Veranstaltung auch der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Klaus Lippold MdB, der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Umweltpolitik, Kurt-Dieter Grill MdB, die Berliner Bundestagsabgeordnete Wilma Glücklich sowie der Leiter des Instituts für Organisationskommunikation (IFOK), Dr. Hans-Peter Meister, teil.

Beide Veranstaltungen haben gezeigt, daß sich die CDU auch in Zeiten besonderer wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Herausforderungen der Diskussion umweltpolitischer Themen stellt.

4.4 Zukunftsforum „Freiheit und Verantwortung im vereinten Deutschland“

Unter dem Titel „Freiheit und Verantwortung im vereinten Deutschland“ veranstaltete die CDU-Deutschlands am 31. August 1996 in Halle an der Saale ein Zukunftsforum, das sich der Bedeutung der Grundwerte als tragende Fundamente unseres Gemeinwesens widmete. Dieser Grundwertekongreß stieß mit rund 500 Teilnehmern auf großes Interesse und fand durch die zahlreich angereisten Journalisten auch regen Niederschlag in den Medien.

Gemeinsam mit führenden Vertretern aus Politik, Gesellschaft, Kirchen und Wissenschaft wurde über die Frage diskutiert, wie die christlich-demokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als ethische Grundlage politischen Handelns zu verstehen sind, wie sie zur

Vollendung der inneren Einheit unseres Volkes beitragen können und wie sie in die Zukunft wirken, um unser Land auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorzubereiten.

Nach der Begrüßung durch den sachsen-anhaltinischen Landesvorsitzenden Dr. Karl-Heinz Daehre MdL verwies Generalsekretär Peter Hintze in seiner Eröffnungsrede auf die Dringlichkeit der Verständigung über verbindende und verbindliche Werte. Sein engagiertes Eintreten für eine ebenso intensive wie offensive Auseinandersetzung mit den ideologischen Relikten des Sozialismus und deren Verkörperung in Gestalt der PDS wurde in der Diskussion als eine wichtige Aufgabe christlich-demokratischer Politik bekräftigt und gerade auch im Blick auf das Zusammenwachsen der Menschen in Ost und West unterstrichen.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende Dr. Christoph Bergner MdL schloß sich dieser Mahnung an und bezeichnete in seinem Einführungsreferat eine gesamtdeutsche Wertediskussion als wichtigen Beitrag zur Vollendung der inneren Einheit.

Mit dem Thema „Freiheit – Selbstverwirklichung, Selbstverantwortung und der Dienst für die Gemeinschaft“ widmete sich das erste von insgesamt drei Foren der Diskussion über das Spannungsfeld zwischen zunehmender Individualisierung einerseits und dem Bedürfnis nach Gemeinschaftsorientierung andererseits. Unter der Leitung von Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel MdL stellten die Geschäftsführerin des Allensbacher Instituts für Demoskopie, Dr. Renate Köcher, der Studienreferent und Bürgerrechtsvertreter Ehrhart Neubert, Staatsminister Arnold Vaatz MdL, Dr. Paul Krüger MdB sowie der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Klaus Escher, das christlich-demokratische Verständnis der verantworteten Freiheit als Leitmotiv politischen Handelns in den Mittelpunkt der Diskussion.

Das zweite Forum unter der Gesprächsleitung des CDA-Bundesvorsitzenden Rainer Eppelmann MdB befaßte sich unter dem Stichwort „Solidarität – soziale Verantwortung und Gemeinsinn im 21. Jahrhundert“ mit den wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen an das vereinte Deutschland. Bundesministerin Claudia Nolte MdB, Staatssekretärin Christa Thoben und Staatssekretär Dr. Johannes Ludewig diskutierten gemeinsam mit Professor Wolfgang Böhmer MdL und dem CDU-Fraktionsvorsitzenden im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Eckhardt Rehberg MdL, über die Dimension sozialer Verantwortung bei der Gestaltung unseres gesellschaftlichen Miteinanders.

Auch der Schwerpunkt des dritten Forums unter dem Titel „Gerechtigkeit – von der sozialistischen Diktatur zur freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie“, galt der Diskussion über eine Frage, die das Miteinander im vereinten Deutschland entscheidend berührt. Unter der Leitung von Professor Rupert Scholz MdB widmeten sich der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR, Joachim Gauck, der Publizist und Bürgerrechtsvertreter Wolfgang Templin und die Präsidentin des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Rita Waschbüsch, sowie Staatsminister Steffen Heitmann MdL, der CDU-Fraktionsvorsitzende im Landtag von Sachsen, Dr. Fritz Hähle MdL, und der Hallenser Oberbürgermeister Dr. Klaus-Peter Rauen den Fragen der Aufarbeitung des sozialistischen Unrechtsregimes mit Blick auf die ethische Fundierung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung im vereinten Deutschland.

In seiner Abschlußrede bestärkte Generalsekretär Peter Hintze die Teilnehmer des Kongresses, im gemeinschaftlichen Engagement für eine am christlichen Verständnis vom Menschen orientierte Politik nicht nachzulassen. Zugleich kündigte er an, daß die CDU die Grundwertedebatte vor allem im Blick auf die zukünftigen Herausforderungen für das vereinte Deutschland intensiv fortsetzen werde.

4.5 Zukunftsforum „Neue Wege in der Sozialpolitik“

Am 5. und 6. September trafen sich im Bonner Konrad-Adenauer-Haus Experten und interessierte Bürger, um über die Zukunft der sozialen Sicherung zu diskutieren. Unter der Überschrift „Neue Wege in der Sozialpolitik“ waren Politiker, Wissenschaftler und viele Sachkundige zu einem kritischen Dialog geladen.

In seiner Eingangsrede betonte Generalsekretär Peter Hintze: „Wir wollen den Sozialstaat auf die Herausforderung des 21. Jahrhunderts vorbereiten. Wir wollen ohne Denkverbote diskutieren. Es soll ein Wettstreit um die besten Ideen sein. Wir werden dabei den Zusammenhang von Wirtschaftsentwicklung und sozialer Leistungsfähigkeit im Auge behalten. Aber alle in Deutschland können sich darauf verlassen: Eine Marktwirtschaft ohne soziale Ausprägung wird es mit der CDU nicht geben.“ Ziel sei es, den Sozialstaat umzubauen, nicht ihn abzubauen.

Es schlossen sich Referate des Mainzer Professors für Christliche Anthropologie und Sozialethik, Dr. Arno Anzenbacher, zum Thema „Solidarität und Subsidiarität als Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft“ und der früheren Bundesfamilienministerin Dr. Ursula Lehr, Professorin für Gerontologie an der Universität Heidelberg, über „Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft“ an.

Die Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach, Dr. Renate Köcher, betonte in ihrem Vortrag, daß neue Wege in der Sozialpolitik ein grundlegendes Umdenken in der Bevölkerung erforderten. Eine große Mehrheit wisse, was die demographische Veränderung für die sozialen Sicherungssysteme bedeute. Allerdings zeige sich ein auffallender Mangel an Bereitschaft, aus diesen Erkenntnissen Konsequenzen zu ziehen.

Mit den „Herausforderungen an das Sozialsystem durch fortschreitende Technologisierung“ beschäftigte sich Professor Jürgen Mittelstraß aus Konstanz. Er betonte, es gehöre zum Wesen einer Leistungsgesellschaft, dauerhaft auf Leistung zu setzen. Eben damit stehe es heute nicht zum besten, und dies nicht zuletzt aufgrund einer veränderten Bewertung der Arbeit in der Gesellschaft.

Im Mittelpunkt verschiedener Diskussionsrunden unter Leitung des Vorsitzenden des Bundesausschusses Gesellschaftspolitik, Hermann-Josef Arentz MdL, stand am zweiten Tag die Frage nach der Zukunft unseres Rentensystems.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, betonte, das soziale Netz in Deutschland habe niemals die Funktion eines Auffangnetzes gehabt, sondern sollte den Menschen helfen, für sich selbst leben und wirken zu können. Notwendig sei die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, um damit die Renten auch für die Zukunft zu sichern.

Wie alle anwesenden Experten war auch der Darmstädter Wirtschaftswissenschaftler Bert Rürup der Auffassung, das Rentensystem sei weit anpassungsfähiger als oft vermutet. Die Kosten solcher Anpassungen seien erheblich geringer als die einer Umstellung auf eine steuerfinanzierte Grundrente.

Der Direktor des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger, Professor Franz Ruland, betonte, die zweifellos notwendigen Reformen seien innerhalb des bestehenden Systems machbar. Die Gesellschaft werde aber einen Preis für ihr Älterwerden bezahlen müssen. Reformbedarf sah Ruland nicht zuletzt bei der Laufzeit der Renten. Diese habe sich seit 1960 um 60 Prozent verlängert. Diesen Trend wolle und müsse die Politik nun stoppen.

Wie groß die Herausforderung durch den demographischen Wandel für die deutsche Sozialpolitik sei, betonte auch Andreas Storm MdB. Er sprach sich für eine Erneuerung des Generationenvertrages durch eine belastungsgerechte Verteilung der demographischen Lasten auf alle Beteiligten - Beitragszahler, Rentenempfänger und Staat - aus. Als Herzstück einer großen Rentenreform schlug Storm die Einfügung einer „demographischen Komponente“ in die Rentenformel vor.

In einem letzten Diskussionsforum sprachen der ehemalige Präsident des Diakonischen Werkes der EKD, Dr. Karl Heinz Neukamm, der Kämmerer der Stadt Münster, Dr. Berthold Tillmann, und Dr. Alfred Boss vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel zum Thema „Eigenverantwortung und Zukunftsvorsorge“. Trotz gewisser Unterschiede in der Sichtweise

waren sich alle drei Referenten einig, daß in Zukunft der Einzelne mehr Eigenverantwortung für seine Alterssicherung übernehmen müsse.

In seiner Schlußrede faßte der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Dr. Norbert Blüm MdB die Ergebnisse des zweitägigen Kongresses zusammen: keine Änderung des bestehenden Rentensystems, aber Änderungen innerhalb des Systems. Die Schwierigkeiten in der Rentenversicherung seien allerdings von der Regierung nicht im Alleingang zu bewältigen. Notwendig sei vielmehr ein Höchstmaß an Verständigung mit den Sozialpartnern und der Opposition.

4.6 Zukunftsforum „Steuerpolitik für das 21. Jahrhundert“

Auf dem Zukunftsforum Steuerreform „Steuerpolitik für das 21. Jahrhundert“ diskutierten am 30. September 1996 in der Godesberger Stadthalle mehr als 1.000 Teilnehmer die Eckpunkte einer Reform der Einkommensteuer. Diese Steuerreform, so Generalsekretär Peter Hintze zur Eröffnung des Kongresses, sei eines der wichtigsten Reformprojekte vor der Jahrhundertwende. Wir brauchten eine Steuerreform mit Steuersenkungen, um mehr Raum für Investitionen und damit für Arbeitsplätze zu schaffen. Wir brauchten aber auch mehr Klarheit und Transparenz, denn der einzelne Bürger habe einen Anspruch darauf, daß seine Leistungsfähigkeit und seine Leistungskraft durch das Steuersystem anerkannt werden. Und wir wollten ein Steuerrecht, bei dem nicht der Ehrliche der Dumme sei.

Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel betonte in seiner Rede, daß Steuersenkungen immer ein entscheidender Katalysator für Investitionen und Arbeitsplätze seien. Dies zeige die Entwicklung in anderen Staaten, die bereits massive Steuersenkungen vorgenommen hätten. So sei in Dänemark der Körperschaftsteuersatz von 40 auf 34 Prozent abgesenkt worden, in den Niederlanden auf 35 Prozent. In den USA sei zwischen 1987 und 1990 der Einkommensteuer-Höchstsatz auf 28 Prozent gesenkt worden.

Ende 1996 werde die Bundesregierung ihre Reformvorschläge im einzelnen vorlegen. Der Minister nannte fünf Kernelemente der Reform:

- Die Höchststeuersätze bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer sollten massiv nach unten gehen. 35 bis 40 Prozent sei die Bandbreite, mit der wir international konkurrenzfähig würden.
- Der Eingangssteuersatz von rund 26 Prozent müsse ebenfalls spürbar sinken – vor allem, um den Anreiz zur Arbeitsaufnahme zu erhöhen.
- Zwischen diesen Eckpunkten müsse die relative Steuerbelastung nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip möglichst gleichmäßig ansteigen – ob in mehreren Stufen oder linear, werde noch zu entscheiden sein.
- Die Bruttoentlastung aller Tarifvarianten zwischen diesen Eckpunkten belaufe sich auf etwa 80 bis 90 Milliarden Mark. Zusätzlich seien die Auswirkungen auf die Körperschaftsteuer, die Kapitalertragsteuer sowie der Solidaritätszuschlag zu berücksichtigen.
- Ein so gewaltiges Finanzvolumen sei nur im Zusammenspiel der Finanzierungsalternativen Nettoentlastung, Abbau von Steuervergünstigungen und Umschichtungen zu bewältigen.

In der Diskussionsrunde „Steuerpolitik auf dem Prüfstand“ setzten sich Prof. Dr. Klaus Offerhaus, Präsident des Bundesfinanzhofs, Prof. Dr. Dieter Pohmer, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, und Hans-Peter Repnik MdB, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, mit dem heutigen Steuerrecht auseinander. In der Diskussionsrunde „Steuerstruktur 2000 – Strategie für die Zukunft“ beschäftigten sich Prof. Dr. Peter Bareis, Ordinarius für betriebswirtschaftliche Steuerlehre und Prüfungswesen, Dr. Karl Heinz Däke, Präsident des Bundes der Steuerzahler, Prof. Dr. Georg Milbradt, Finanzminister des Freistaates Sachsen, Prof. Dr. Gerhard Seiler, Präsident des Deutschen Städtetages, und Gunnar Uldall MdB, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion mit den Reformansätzen zur Steuerpolitik.

Dr. Wolfgang Schäuble MdB, Vorsitzender der vom CDU-Präsidium eingesetzten Steuerkommission, erinnerte in seiner Abschlußrede daran, daß die Steuerreform – ebenso wie die Weiterentwicklung der Rentenversicherung – Teil des Programms für mehr Wachstum und Beschäfti-

gung sei. Deshalb gehe es vorrangig darum, mit einer Steuerreform stärkere Impulse für Wachstum und mehr Beschäftigung zu geben.

4.7 Forum „40 Jahre Bundeswehr – 40 Jahre Dienst für den Frieden“

Unter das Motto „40 Jahre Bundeswehr – 40 Jahre Dienst für den Frieden“ hatte die CDU Deutschlands ihren Bundeswehrekongreß gestellt, der am 20. November 1995 in Eckernförde stattfand. Die Entscheidung, den Kongreß statt in Bonn an einem Bundeswehrstandort in Schleswig-Holstein durchzuführen, wurde eindrucksvoll durch die große Zahl von 600 Besuchern, mehr als die Hälfte davon Bundeswehrangehörige aller Dienstränge und Waffengattungen, bestätigt.

Das doppelte Jubiläum unserer Streitkräfte – 40 Jahre Bundeswehr und fünf Jahre Armee der Einheit – gab Anlaß für einen Rückblick und eine Bestandsaufnahme. Zugleich aber sollte der Blick in die Zukunft gerichtet und diskutiert werden, wie die Bundeswehr vor den neuen Herausforderungen bestehen kann. Generalsekretär Peter Hintze dankte in seiner Eröffnungsrede den mehr als acht Millionen Männern und auch Frauen, die seit 1955 als Wehrpflichtige sowie als Zeit- und Berufssoldaten ihren Dienst in der Bundeswehr geleistet haben. Bundesverteidigungsminister Volker Rühle MdB unterstrich in seinem Grundsatzreferat „40 Jahre Bundeswehr – Bilanz und Perspektive“ die historische Chance, Europa in Freiheit zu vereinen. Dabei gehe es nicht um Expansion, sondern um das Grundrecht der freien Bündniswahl. Zu diesem Prozeß des Zusammenwachsens trage auch die Bundeswehr bei.

Viele Kongreßteilnehmer nutzten das anschließende Plenarforum „Die Zukunft der Bundeswehr“, um Stellungnahmen und Fragen an Podiumsteilnehmer zu richten. Die Diskussion leitete der Bundeswehrbeauftragte der CDU Deutschlands, Paul Breuer MdB. Podiumsgäste waren Claire Marienfeld, Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Oberst Bernhard Gertz, Vorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes, Vizeadmiral Hans Frank, stellv. Generalinspekteur der Bundeswehr, und Bernhard Wilz MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung.

Anläßlich des Jubiläums unserer Streitkräfte veröffentlichte die CDU-Bundesgeschäftsstelle den Aktionsleitfaden „40 Jahre Bundeswehr – Einsatz für Frieden und Freiheit“, der neben vielen Hintergrundinformationen, Flugblattvorlagen und einer Expertenbörse auch eine Reihe von Aktionsvorschlägen für die Kreis-, Stadt- und Ortsverbände enthält.

4.8 Aktion „Schöpfung bewahren“

Nachdem bereits im vergangenen Jahr eine Kampagne zur Schadstoffminderung im Verkehr und zum Tierschutz durch die Bundesgeschäftsstelle durchgeführt worden war, ist in diesem Jahr unter dem Titel „Schöpfung bewahren“ ein neues Umweltmagazin der CDU Deutschlands erschienen. Es gibt einen Überblick über die umweltpolitischen Erfolge der CDU-geführten Bundesregierung. Prägnante Texte informieren und regen zugleich zum Nachdenken über das persönliche Umweltverhalten an.

Darüber hinaus bereitet die Bundesgeschäftsstelle gegenwärtig einen Leitfaden vor, der Anregungen zur umweltpolitischen Arbeit vor Ort geben und vielfältige Aktionsmöglichkeiten darstellen wird.

4.9 Aktion „EURO – Die Währung für eine sichere Zukunft“

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat eine Kampagne zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und der damit verbundenen Einführung einer einheitlichen europäischen Währung – dem EURO – vorbereitet. Unter dem Motto „EURO – Die Währung für eine sichere Zukunft“ steht die Informationsaktion, die vor allem auf die CDU-Mitglieder und –Anhänger zielt. Die Kampagne startet im Umfeld des Parteitages in Hannover.

Dazu stellt die Bundesgeschäftsstelle umfangreiches Material zur Verfügung – u.a. einen Leitfaden, eine Argumentationsbroschüre, ein Faltblatt, Ankündigungs- und Dekoplate. Zentrales Element der Kampagne werden die Informationsveranstaltungen sein. Auf Landesverbandsebe-

ne sind Regionalkonferenzen mit CDU-Europaabgeordneten und Spitzenrepräsentanten deutscher Banken geplant. Von diesen Regionalveranstaltungen soll eine Initialwirkung für die übrigen Parteigliederungen ausgehen, ebenfalls Veranstaltungen zum EURO durchzuführen. Dazu bietet die Bundesgeschäftsstelle neben organisatorischer Beratung einen Referentendienst an, bei dem nach Regionen aufgeschlüsselte Referentenlisten abgefragt werden können. Außerdem hat die Geschäftsstelle eine computergestützte, mit animierten Grafiken und Videos aufbereitete Musterrede erstellt.

4.10 Aktion „Mehr Ehre für das Ehrenamt“

Es wird zunehmend schwieriger, kompetente und engagierte Mitglieder für die Mitarbeit in Vereinen zu gewinnen. Die Bereitschaft, längerfristige Verantwortung im Rahmen eines Ehrenamtes anzunehmen, nimmt ab. Jedoch zeigt sich auch, daß viele Menschen – und besonders junge Leute – heute eher bereit sind, sich in befristeten Projekten zu engagieren. Die CDU hat deshalb das Thema Ehrenamt zum Gegenstand einer gesonderten Aktion gemacht. Ziel der Aktion ist es, auf allen Ebenen der Partei mit Veranstaltungen und Initiativen das Ehrenamt zu fördern und zu stärken.

Unter dem Titel „Mehr Ehre für das Ehrenamt“ hat die Bundesgeschäftsstelle einen Leitfaden erstellt, der Anfang Mai 1996 an alle Landes- und Kreisgeschäftsführer sowie an die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verschickt wurde. Der Leitfaden enthält neben einem Vorwort von Generalsekretär Peter Hintze Reden, Beschlüsse und Presseerklärungen zum Thema Ehrenamt sowie eine Reihe von Anregungen, wie ehrenamtliches Engagement vor Ort gefördert und gestärkt werden kann. In vielen Kreisverbänden werden bereits Aktionen zur Förderung und Anerkennung des Ehrenamtes gestartet. Die Vorschläge des Leitfadens dienen dabei oft als Anregung. Mit den Rückmeldungen sind inzwischen hilfreiche Ergänzungsvorschläge für eine Neuauflage des Leitfadens eingegangen.

Anfang 1996 hat der Bundesfachausschuß Sport eine Kommission „Sport und Ehrenamt“ eingesetzt, die einen Beschluß erarbeitet hat, der vom Bundesfachausschuß Sport am 1. Juli 1996 verabschiedet wurde. Seine Kernforderung zielt auf die verstärkte öffentliche Anerkennung ehrenamtlichen Engagements.

4.11 Mitgliederwerbung

Im Rahmen der Mitgliederwerbeaktion „100.000 Gespräche“ bietet die Bundesgeschäftsstelle die Schulung von Dialogpartnern und Aktionsleitern mit professionellen Trainern an. Durchgeführt wurden bisher 18 Schulungen, davon zwei auf Landesverbandsebene, eine auf Bezirksverbands- und 15 auf Kreisverbandsebene.

In folgenden Verbänden fanden Schulungen statt:

- LV Mecklenburg-Vorpommern (Teilnehmer aus 16 Kreisverbänden)
- LV Saar (Teilnehmer aus allen 7 Kreisverbänden)
- Bezirksverband Ruhrgebiet
- KV Siegen-Wittgenstein, KV Recklinghausen, KV Hamm, KV Gelsenkirchen, KV Ennepe-Ruhr, KV Rheinisch-Bergischer-Kreis, KV Olpe, KV Borken, KV Wesel, KV Coesfeld, KV Rhein-Sieg, KV Gütersloh, KV Darmstadt-Dieburg, KV Hannover-Land, KV Germersheim.

Daran nahmen insgesamt 318 Dialogpartner bzw. Aktionsleiter teil. Die Schulungen werden von den Verbänden als Mobilisierungseffekt und zugleich als Auftakt für ihre Mitgliederwerbeaktion gesehen. Entscheidend für das Gelingen ist die gute Auswahl der zu schulenden Dialogpartner und Aktionsleiter. Es hat sich gezeigt, daß die Aktionen dort am erfolgreichsten sind, wo zuvor diese Personen sorgfältig ausgesucht und gründlich über ihre Aufgabe informiert werden.

Neben den Schulungen, dem Leitfaden „100.000 Gespräche“ sowie dem Schulungs-Video bietet die Bundesgeschäftsstelle ein sechsseitiges Rahmenfaltblatt mit individuellen Eindrucks-möglichkeiten an. Dieses Faltblatt dient der Präsentation der örtlichen CDU bei Werbe-gesprächen, Veranstaltungen und Straßenaktionen.

4.12 Dokumentation des Papst-Besuches in Deutschland

Anlässlich des dritten Pastoralbesuchs von Papst Johannes Paul II. in Deutschland hat die Bundesgeschäftsstelle eine Dokumentation erstellt. Darin sind Reden des Papstes, des Bundes-präsidenten und des Bundeskanzlers enthalten. Diese Dokumentation mit einer Auflage von 80.000 Exemplaren wurde breit in die Parteigliederungen sowie an kirchliche Amtsträger und Institutionen versandt.

4.13 Weitere Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Die Bundesgeschäftsstelle war mit einem Informationsstand auf 21 CDU-Veranstaltungen ver-treten (12 Landesparteitagen, vier Veranstaltungen der Vereinigungen sowie fünf sonstigen CDU-Veranstaltungen). Dabei wurden das verfügbare Informations- und Werbematerial und die elek-tronischen Medien (Komsys, Internet, T-Online, Datenbank-Politik) vorgestellt.

5. Pressearbeit

Die Pressearbeit war auch in diesem Jahr geprägt von der inhaltlichen und organisatorischen Betreuung der Mitarbeiter von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Dabei standen die Themen Steuer- und Rentenreform, Umbau des Sozialstaates und die Zukunftsfähigkeit der Union im Mittelpunkt des Interesses.

Das Zusammenwachsen von Ost und West, der Umgang mit der PDS und die inhaltliche Auseinandersetzung darüber mit unseren ostdeutschen Landesverbänden bestimmten das Informationsbedürfnis der Journalisten. Das Zukunftsforum „Freiheit und Verantwortung im vereinten Deutschland“ am 31. August 1996 in Halle fand eine breite Beachtung in vielen regionalen und überregionalen Medien. Die Zukunftsforen zur Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft, zur Sozialen Sicherung und vor allem zur Steuerpolitik erforderten eine intensive Planung, Vorbereitung und Kommentierung seitens der Pressestelle.

Ein weiteres Hauptthema war die ausführliche Diskussion über die Einführung des Frauenquorums. Zahlreiche Artikel, Interviews und Fernsehbeiträge mußten organisiert bzw. redigiert werden. Neben der Bundespressekonferenz und den Zentralredaktionen wurde die Fachpresse mit einem Spezialverteiler angesprochen, ein Verfahren, das sich auch bei anderen Sachthemen bewährt hat. Zusätzliche Hintergrundgespräche und Redaktionsbesuche dienten der politisch inhaltlichen Überzeugungsarbeit.

Außer den großen Kongressen wurden zahlreiche Veranstaltungen der Vereinigungen und der Bundesfachausschüsse pressemäßig unterstützt und begleitet, was auch die Organisation von Pressekonferenzen mit den Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse einschloß. Insgesamt wurden seit dem letzten Parteitag 40 Pressekonferenzen organisiert.

Neben der täglichen Presseschau und den „Arbeitsmaterialien“ wurden fünf Sonderpresseschauen zum Parteitag '95 in Karlsruhe, zur 50-Jahr-Feier der CDU, zu zwei Zukunftsforen und zum Frauenquorum erstellt. Ebenfalls wurden in der Pressestelle umfangreiche Dokumentationen und Statistiken zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Berlin sowie zu den Kommunalwahlen in Bayern und Niedersachsen erstellt. Die Einstimmung und Betreuung der Medien vor und während der Wahlkämpfe war wie immer eine wichtige Aufgabe der Pressestelle.

Ein Treffen aller Sprecher der CDU-Landesverbände, der CDU-geführten Landesregierungen, der Bundestags- und Landtagsfraktionen diente der Intensivierung der persönlichen Kontakte und dem Gedanken- und Informationsaustausch.

Auch die technische und inhaltliche Vorbereitung der fast 800 Journalisten, Techniker, Kamerateleute und Fotografen auf dem Bundesparteitag wurde von der Pressestelle organisiert.

6. Ständige Publikationen

6.1 „Union in Deutschland“ (UiD)

Der Informationsdienst der CDU „Union in Deutschland“ (UiD) erscheint wöchentlich (mindestens 40 Ausgaben im Jahr). Der UiD enthält Informationen zu aktuellen politischen Ereignissen und Argumentationshilfen zu wichtigen Sachfragen. Er informiert über die jeweilige Beschluslage der CDU, der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CDU-geführten Bundesregierung. Er berichtet ebenso über Aktivitäten der EVP und der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament.

Der UiD enthält in fast jeder Ausgabe einen grünen Dokumentationsteil. Darin wird jeweils ein aktuelles Thema ausführlich behandelt oder es werden Parteitagsbeschlüsse, Regierungserklärungen, Koalitionsvereinbarungen und Wahlergebnisse dokumentiert.

Der UiD stellt außerdem die aktuellen Informations- und Werbematerialien der Bundesgeschäftsstelle vor und gibt Ratschläge und Tips für die Öffentlichkeitsarbeit der Parteigliederungen. Mehrmals im Jahr erscheint als rosa Teil das Gesamtangebot aller Informations- und Werbematerialien.

Für die Landesverbände gibt es die Möglichkeit einer regionalen Beilage (gelber Teil), von der im Berichtszeitraum die Landesverbände Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz Gebrauch gemacht haben.

6.2 Union Magazin

Die Arbeit am Union Magazin, das im Berichtszeitraum viermal erschienen ist, konzentrierte sich in diesem Jahr vor allem auf eine Verbesserung des Layouts, größere Leserfreundlichkeit und Modernisierung des Designs. In Zusammenarbeit von Redaktion, Öffentlichkeitsarbeit und Beirat konnte das Erscheinungsbild professioneller und attraktiver gestaltet werden.

Entsprechend unserem Leitthema auf dem letzten Parteitag in Karlsruhe beschäftigten sich alle Ausgaben schwerpunktmäßig, aber in unterschiedlichen Facetten, mit dem Thema Zukunft. Der Standort Deutschland, unser „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ und die Zukunfts- und Reformfähigkeit der Union waren die wichtigsten Schlagzeilen.

6.3 „Infoservice“

Der „Infoservice“ ist als Arbeitsmaterial für CDU-Redakteure konzipiert. Dieser Informationsdienst wird daher auch nur an Redakteure von CDU-Zeitungen abgegeben. Nur für diese Gruppe von CDU-Publikationen hat die Bundesgeschäftsstelle auch das Copyright für die verwendeten Grafiken, Rätsel, Urteilsbeispiele, Fotos, Layout-Material etc. erworben. Der „Infoservice“ erscheint sechsmal im Jahr mit einer Auflage von 1.350 Exemplaren als Printausgabe und seit August 1996 auch mit 320 Exemplaren auf Disketten. Bei der Erscheinungsweise, bei Themenauswahl und – aufbereitung, insbesondere durch die Druckvorlagen und Gestaltungshilfen, werden wichtige Wahltermine und der Beginn von Parteiaktionen berücksichtigt.

7. Elektronische Medien in der politischen Arbeit

7.1 KomSys

Seit September 1996 ist auch das Organisationshandbuch der CDU in KomSys eingestellt. Insbesondere ist es jetzt im Gegensatz zur gedruckten Ausgabe möglich, die Daten in kürzeren Abständen zu aktualisieren. Gedruckt erscheint das Handbuch nur noch einmal im Jahr. In KomSys ist weiter das offizielle Gemeindeverzeichnis der Bundesrepublik Deutschland beigefügt. Den Städten und Gemeinden ist der jeweilige CDU-Kreisverband und die Nummer des Bundestagswahlkreises zugeordnet.

Als neues KomSys-Angebot wurde die Rubrik „Politik aktuell“ eingerichtet. Sie ergänzt die politischen Informations- und Argumentationsangebote um tagesaktuelle Themen. Insbesondere in der Debatte um das „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ hat das System seine Leistungsfähigkeit eindrucksvoll unter Beweis stellen können.

In diesem Jahr hat die Bundesgeschäftsstelle erstmals eine Tabelle veröffentlicht, in der die 20 erfolgreichsten Kreisverbände der CDU in der Mitgliederentwicklung während der letzten sechs Monate aufgeführt werden. Außerdem wurde die Rangfolge der erfolgreichsten Landesverbände ermittelt. (s. Punkt 9.1) Beide Tabellen sind jetzt im KomSys abrufbar und werden künftig halbjährlich aktualisiert.

Inzwischen sind 216 der 343 Kreisgeschäftsstellen an KomSys angeschlossen. Aus zahlreichen Zuschriften wird deutlich, daß dieses Informationsangebot der Bundesgeschäftsstelle intensiv genutzt wird und die tägliche politische Arbeit der Kreisverbände erleichtert.

7.2 Internet

Auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe hat Generalsekretär Peter Hintze das CDU-Programm im weltweiten Datennetz Internet gestartet. 8.000 Interessenten nutzen monatlich das Angebot der CDU. Sie rufen dabei im Durchschnitt 218.000 Seiten aus dem Programm ab.

Der überwiegende Teil der „Besucher“ kommt aus Deutschland (70%); andere kommen aus den USA (20%) und aus weiteren 50 Ländern. Im März 1996 wurde das komplette Programm überarbeitet und der technischen Entwicklung angepaßt. Gleichzeitig wurde ein Diskussionsforum in das Programm integriert, in dem jeder Besucher Stellung zu verschiedenen Themen nehmen kann. Die Fachreferenten der Bundesgeschäftsstelle nehmen für die CDU an dieser Diskussion teil.

Das Diskussionsforum wurde von Generalsekretär Peter Hintze mit einer einstündigen „Online-Diskussion“ eröffnet. Diese Form der Kommunikation über die elektronischen Medien wurde zur Eröffnung des Zukunftsforums Ökologie wiederholt.

Das Internet wird überwiegend von jungen Menschen genutzt. Über diesen Weg erschließt sich die CDU den Kontakt zu einer Zielgruppe, die mit den klassischen Medien nur schwer erreichbar ist. Das Engagement im Internet unterstreicht nicht zuletzt die Aufgeschlossenheit der Partei für moderne Technologien und damit verbundene gesellschaftliche Entwicklungen. Nutzer und Presse bewerten das CDU-Angebot im Internet als sehr attraktiv.

7.3 T-Online

Im nationalen Datennetz T-Online ist die CDU weiterhin mit einem eigenen Programm vertreten. Auch hier wurde der Inhalt des Programms überarbeitet und neu geordnet. Das T-Online Programm wird von durchschnittlich 4.000 Nutzern im Monat angewählt. Zu den Landtagswahlen im März steigerte sich diese Zahl um 50%.

7.4 Disketten, CD-ROM

Im Berichtszeitraum wurden über das Versandzentrum 1.000 CD-ROM und 5.000 Disketten, darunter 1.000 Programme „Datenbank Politik“, vertrieben. 398 Kunden haben die regelmäßigen Daten-Aktualisierungen („Up-Dates“) abonniert.

7.5 Zentrale Mitgliederdatei (ZMD)

Die Konzeption zur Neustrukturierung der Zentralen Mitgliederdatei ist erstellt und mit den Landesverbänden, Kreisverbänden aus Flächen- und Großstadtkreisen sowie den Vereinigungen abgestimmt. Die Programmierung ist angelaufen. Die Testphase der neuen ZMD beginnt im Februar/März 1997. In die vorgesehene zweite Testphase ab Ende Mai 1997 werden ausgewählte Kreisverbände einbezogen. Anfang Juli 1997 soll die Umstellung in den Kreis- und Landesverbänden beginnen.

Die bisherige Möglichkeit der mehrfachen CDU- oder Vereinigungsmitgliedschaft in verschiedenen Kreisverbänden wird es künftig nicht mehr geben. Zu diesem Zweck soll eine neunstellige Mitgliedsnummer für alle Dateiarten (CDU, JU, CDA etc.) eingeführt werden, die während der gesamten Dauer der Mitgliedschaft unverändert bleibt.

Die Kreisverbände werden auch künftig die CDU-Mitgliedsdaten erfassen und betreuen, daneben aber auch möglichst umfassend die Vereinigungsdaten. Von den einzelnen Parteebenen (z.B. Kreisverbände/Landesverbände) werden die Funktions- und Mandatsträgerschlüssel gepflegt.

Das neue ZMD-Programm wird eine Windows-Anwendung sein, bei der die vorgegebenen Auswahlkriterien eine zeitsparende Bearbeitung ermöglichen. Die Union Betriebs-GmbH präsentiert auf ihrem Stand auf dem Parteitag in Hannover erste Bildschirmmasken und kann weitere Informationen geben. Anwenderkonferenzen in den Landesverbänden werden organisatorische Abläufe, Hardware-Anforderungen und Anwendermöglichkeiten zur ZMD vermitteln.

8. Sonstige Dienstleistungen

8.1 Schulungen

Im Berichtszeitraum wurden erneut Schulungen für hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durchgeführt. So fanden zwei Praktika für neueingestellte Kreisgeschäftsführerinnen und Kreisgeschäftsführer statt, bei denen es in erster Linie darum ging, die Arbeitsweise und die Ansprechpartner bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle, der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Konrad-Adenauer-Stiftung kennenzulernen. Diese Praktika dauerten jeweils eine Woche. Das Praktikum im November 1995 hatte acht Teilnehmer und das Praktikum im Mai 1996 sieben Teilnehmer.

Im Januar 1996 fand der zweite Teil des Kreisgeschäftsführer-Seminars statt, an dem 12 Personen teilnahmen. Neben einer zweitägigen Zeitmanagement-Schulung wurden Informationen zu Direktwahlen, zur Datenbahn, zur Öffentlichkeitsarbeit sowie zu Fragen des Protokolls gegeben.

Im Juni 1996 wurde ein Seminar für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Landes- und Kreisverbänden durchgeführt, das von 15 Teilnehmerinnen besucht wurde. Es wurden Informationen zur Vorbereitung von politischen Veranstaltungen und Argumentationshilfen für das Telefon vermittelt.

Im September 1996 wurde erstmals ein Aufbauseminar für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Landes- und Kreisverbänden angeboten. Der größte Teil der 22 Teilnehmerinnen hatte bereits den Grundkurs besucht und erhielt nun weitergehende Informationen zur politischen Argumentation und Kommunikationstechnik. Ein Tag war beispielsweise der stilsicheren Formulierung politischer Korrespondenz gewidmet.

Ende September fand – ebenfalls erstmalig – ein Aufbauseminar zu den vorangegangenen Kreisgeschäftsführerschulungen mit 22 Teilnehmern statt. An drei Tagen befaßten sich die Teilnehmer eingehend mit Themen wie Konfliktverarbeitung/Umgang mit Konflikten. Außerdem wurden aktuelle Informationen über Perspektiven auf dem Kommunikationsmarkt und über die politische Öffentlichkeitsarbeit im Netzwerk moderner Kommunikation vermittelt.

Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle fand im August 1996 ein eintägiges Zeitmanagement-Seminar statt, an dem 15 Personen teilnahmen. Es ging um Arbeitsmethodik und Zeitplanung, es wurden Zielvorstellungen entwickelt und Antistreibübungen durchgeführt.

8.2 Referentenvermittlung

Im Berichtszeitraum erreichten die Bundesgeschäftsstelle 18 Anfragen aus dem vorpolitischen Raum. Es wurden Adressen von Ansprechpartnern und Politikern der Union zur Verfügung gestellt. Zu 16 Terminen konnten Vertreter der CDU vermittelt werden.

8.3 Besucherdienst

Im Berichtszeitraum haben 175 Gruppen mit 10.485 Teilnehmern die CDU-Bundesgeschäftsstelle im Konrad-Adenauer-Haus besucht.

Des Weiteren wurden „Kleingruppen“ aus der Partei mit dem Haus und den Aufgaben der CDU bekannt gemacht, so daß insgesamt 11.595 Personen durch den Besucherdienst betreut wurden. Im Rahmen des Besucherdienstes werden zusätzlich zu den Informationen über die Arbeit der Parteizentrale auch politische Diskussionen mit Mitarbeitern der Hauptabteilungen Politik und Öffentlichkeitsarbeit sowie Vorträge zu speziellen Themen der Parteiarbeit (- sowie Organisationsstruktur der Partei, Öffentlichkeitsarbeit –) vermittelt.

9. Mitgliederentwicklung und Organisationsstruktur

Am 31. August 1996 hatte die CDU Deutschlands 651.217 Mitglieder.

9.1 Die regionale Mitgliederentwicklung

Landesverband	Mitgliederstand 31.12.1994	Mitgliederstand 31.12.1995	Mitgliederstand 31.08.1996
Baden-Württemberg	85.274	85.776	84.890
Berlin	14.748	14.591	14.325
Brandenburg	9.505	8.678	8.051
Bremen	3.653	3.614	3.694
Hamburg	11.669	11.364	11.225
Hessen	58.722	58.373	58.039
Mecklenburg-Vorpommern	10.217	9.653	9.318
Braunschweig	8.652	8.484	8.741
Hannover	64.973	63.769	65.687
Oldenburg	15.907	15.713	16.369
Nordrhein-Westfalen	209.505	205.766	203.345
Rheinland-Pfalz	64.436	63.088	62.239
Saarland	23.146	22.608	22.394
Sachsen	22.932	21.043	19.861
Sachsen-Anhalt	15.461	14.250	12.831
Schleswig-Holstein	33.012	32.693	32.557
Thüringen	19.685	18.180	17.651

9.1.1 Rangfolge der Landes- und Kreisverbände bei der Mitgliederentwicklung

Kriterium für die jeweilige Platzierung ist die prozentuale Veränderung im Verhältnis zur Gesamtmitgliedschaft des jeweiligen Verbandes. Gastmitglieder wurden nicht gezählt. (Vgl. Punkt 7.1)

Rangfolge der Landesverbände

Platz	Landesverband	Stand 31.12.1995	Stand 30.6.1996	Mitglieder- entwicklung	
1	Oldenburg	15.713	16.243	(+ 530)	+ 3,37 %
2	Braunschweig	8.484	8.732	(+ 248)	+ 2,92 %
3	Hannover	63.769	65.419	(+ 1.650)	+ 2,59 %
4	Bremen	3.614	3.690	(+ 76)	+ 2,10 %
5	Schleswig-Holstein	32.693	32.661	(- 32)	- 0,10 %
6	Hessen	58.373	58.260	(- 113)	- 0,19 %
7	Hamburg	11.364	11.274	(- 90)	- 0,79 %
8	Baden-Württemberg	85.776	85.092	(- 684)	- 0,80 %
9	Nordrhein-Westfalen	205.766	203.967	(- 1.799)	- 0,87 %
10	Rheinland-Pfalz	63.088	62.462	(- 626)	- 0,99 %
11	Saar	22.608	22.378	(- 230)	- 1,11 %
12	Berlin	14.591	14.360	(- 231)	- 1,58 %
13	Thüringen	18.180	17.705	(- 475)	- 2,61 %
14	Mecklenburg-Vorpommern	9.653	9.291	(- 362)	- 3,75 %
15	Brandenburg	8.678	8.276	(- 402)	- 4,63 %
16	Sachsen	21.043	20.038	(- 1.005)	- 4,78 %
17	Sachsen-Anhalt	14.250	13.019	(- 1.231)	- 8,63 %

Rangfolge der 20 erfolgreichsten Kreisverbände im Bundesverband

Platz	Kreisverband (Landesverband)	Stand 31.12.1995	Stand 30.6.1996	Mitglieder- entwicklung
1	Emsland Aschendorf-Hümmling (LV Hannover)	2.229	2.643	(+ 414) +18,57 %
2	Berlin-Hellersdorf (LV Berlin)	114	123	(+ 9) + 7,89 %
3	Cloppenburg (LV Oldenburg)	4.915	5.250	(+ 335) + 6,82 %
4	Bremerhaven (LV Bremen)	1.003	1.071	(+ 68) + 6,78 %
5	Suhl-Stadt (LV Thüringen)	155	165	(+ 10) + 6,45 %
6	Pirna (LV Sachsen)	745	788	(+ 43) + 5,77 %
7	Berlin-Treptow (LV Berlin)	191	202	(+ 11) + 5,25 %
8	Osnabrück-Land (LV Hannover)	4.379	4.609	(+ 230) + 5,03 %
9	Wolfenbüttel (LV Braunschweig)	1.351	1.419	(+ 68) + 4,80 %
10	Peine (LV Braunschweig)	1.771	1.856	(+ 85) + 4,70 %
11	Gifhorn (LV Hannover)	2.148	2.249	(+ 101) + 4,70 %
12	Harburg-Land (LV-Hannover)	2.315	2.422	(+ 107) + 4,62 %
13	Helmstedt (LV Braunschweig)	1.073	1.113	(+ 40) + 3,73 %
14	Wolfsburg (LV Hannover)	781	809	(+ 28) + 3,59 %
15	Osterholz (LV Hannover)	1.074	1.112	(+ 38) + 3,54 %
16	Lüchow-Dannenberg (LV Hannover)	824	853	(+ 29) + 3,52 %
17	Offenbach-Land (LV Hessen)	3.313	3.424	(+ 111) + 3,35 %
18	Uelzen (LV Hannover)	1.289	1.331	(+ 42) + 3,26 %
19	Stade (LV Hannover)	1.647	1.699	(+ 52) + 3,16 %
20	Leer (LV Hannover)	1.468	1.514	(+ 46) + 3,13 %

9.2 Dauer der Mitgliedschaft

Stand 31. August 1996

Mitglieder	in Prozent
über 20 Jahre	43,6 %
10 – 20 Jahre	28,4 %
unter 10 Jahre	27,9 %
Ohne Angaben	0,1 %

9.3 Struktur der Mitgliedschaft

Geschlecht

In der CDU Deutschlands sind 24,9 Prozent der Mitglieder (161.974) weiblich und 75,1 Prozent (489.243) männlich. In den alten Ländern liegt der Frauenanteil bei 23,8 und in den neuen Ländern bei 33,9 Prozent.

Alter

Alter	gesamt	alte Länder	junge Länder
16 – 24 Jahre	1,8 %	1,9 %	1,0 %
25 – 29 Jahre	3,1 %	3,1 %	3,1 %
30 – 39 Jahre	11,3 %	10,6 %	16,9 %
40 – 49 Jahre	19,5 %	18,7 %	26,6 %
50 – 59 Jahre	27,6 %	28,0 %	24,3 %
60 – 69 Jahre	20,6 %	21,3 %	14,7 %
70 – .. Jahre	15,7 %	16,0 %	13,0 %
ohne Angaben	0,4 %	0,4 %	0,4 %

Das Durchschnittsalter aller Mitglieder der CDU Deutschlands beträgt 53,8 Jahre. Das Durchschnittsalter der weiblichen Mitglieder liegt bei 54,9 und das der männlichen bei 53,4 Jahren.

Beruf

Berufsgruppe	gesamt	alte Länder	junge Länder
Selbständige	21,6 %	22,7 %	12,1 %
Arbeiter	9,9 %	8,2 %	24,5 %
Angestellte	28,7 %	28,2 %	33,3 %
Beamte	11,4 %	12,4 %	2,8 %
Rentner/Pensionäre	6,4 %	5,3 %	15,8 %
Hausfrauen/-männer	10,0 %	10,9 %	3,0 %
in Ausbildung	4,1 %	4,4 %	1,7 %
Arbeitslose	0,6 %	0,5 %	2,3 %
Helfer im Familienbetrieb	0,6 %	0,6 %	0,9 %
ohne Angaben	6,7 %	6,8 %	3,6 %

9.4 Gliederungen

Die CDU Deutschlands gliedert sich in 17 Landesverbände, 27 Bezirksverbände, 370 Kreisverbände und 12.401 Ortsverbände.

10. Politischer Arbeitskalender

- 16.-18. Oktober 1995 7. Parteitag der CDU Deutschlands in Karlsruhe
23. Oktober 1995 Sitzungen von Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
26. Oktober 1995 Empfang einer Delegation der Jewish Agency durch Generalsekretär Peter Hintze in Bonn
6. November 1995 Sitzung des Bundesfachausschusses Innenpolitik in Bonn
10. November 1995 Konferenz der Aussiedlerbeauftragten der CDU mit Generalsekretär Peter Hintze, Parl. Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt MdB, Parl. Staatssekretärin Getrud Dempwolf MdB und Eva-Maria Kors MdB, Bonn
10. November 1995 Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ): Podiumsgespräch zur europäischen Rechtspolitik mit Peter Altmaier MdB, Franz Peter Basten MdB, Amtsgerichtspräsident Rainer Bohnen und StS Prof. Dr. Kurt Schelter, Bonn
13. November 1995 Sitzung des Bundesarbeitskreises Polizei in Bonn
17. November 1995 Pressekonferenz mit Generalsekretär Peter Hintze und dem stellv. Bundesvorsitzenden Dr. Christoph Bergner zur Parteienlandschaft in Deutschland nach der Wahl Oskar Lafontaines zum SPD-Vorsitzenden, Bonn
20. November 1995 Kongreß „50 Jahre Bundeswehr“ in Eckernförde
20. November 1995 Sitzung des Bundesfachausschusses Strukturpolitik in Bonn
- 24./25. November 1995 Bundesfachausschuß Umweltpolitik: Klausurtagung zur Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft in St. Augustin
27. November 1995 Sitzung des Bundesfachausschusses Wirtschafts- und Energiepolitik in Bonn
27. November 1995 Sitzung des Bundesfachausschusses Medienpolitik, Bonn
27. November 1995 Sitzung des Bundesfachausschusses Sport in Bonn

28. November 1995 Sitzung des Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik in Bonn
4. Dezember 1995 Gespräch von Generalsekretär Peter Hintze mit dem Vorstand des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend, Bonn
4. Dezember 1995 Sitzungen von Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
4. Dezember 1995 Sitzung des Bundesfachausschusses Agrarpolitik in Bonn
4. Dezember 1995 Sitzung des Bundesfachausschusses Europapolitik in Bonn; Beschluß „Bundesfachausschuß Europapolitik der CDU unterstützt Waigels Stabilitätspakt für Europa“
6. Dezember 1995 Sitzung des Bundesparteigerichts in Bonn
12. Dezember 1995 Sitzung des Bundesfachausschusses Gesellschaftspolitik in Bonn
12. Dezember 1995 Landesgeschäftsführerkonferenz in Bonn
13. Dezember 1995 Sitzung des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur in Bonn
21. Dezember 1995 Pressekonferenz mit Generalsekretär Peter Hintze, dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik, Dr. Norbert Lammert MdB, und dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Gesellschaftspolitik, Hermann-Josef Arentz MdL: Stellungnahme der CDU Deutschlands zum gemeinsamen Wort der Kirchen „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“, Bonn
28. Dezember 1995 In einem Rundschreiben zum Jahreswechsel 1995/96 an die Parteigliederungen erläutert Generalsekretär Peter Hintze die politischen Schwerpunkte der Arbeit im neuen Jahr.
12. Januar 1996 Sitzung des Präsidiums in Bonn
- 12./13. Januar 1996 Klausurtagung des Bundesvorstandes in Mayschoss
13. Januar 1996 Pressekonferenz des Generalsekretärs zu den Ergebnissen der Bundesvorstands-Klausur, Bonn
29. Januar 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Innenpolitik in Bonn

29. Januar 1996 Beschluß des BACDJ: „Grundsätze des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen zum europäischen und nationalen Vergaberecht“
7. Februar 1996 Landesgeschäftsführerkonferenz in Bonn
9. Februar 1996 BACDJ: Pressekonferenz zum Vergaberecht mit Herbert Helmrich MdL und Prof. Dr. Winfried Tilmann, Bonn
12. Februar 1996 Pressekonferenz des Generalsekretärs zur Präsentation der Aktion „Gemeinsam für Deutschland“, Bonn
22. Februar 1996 Pressekonferenz des Generalsekretärs „100 Tage Lafontaine als Vorsitzender der SPD“, Bonn
26. Februar 1996 Sitzungen von Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
26. Februar 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Strukturpolitik in Bonn
26. Februar 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Wirtschafts- und Energiepolitik in Bonn
28. Februar 1996 Pressekonferenz mit dem Vorsitzenden und dem stellv. Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Innenpolitik, Johannes Gerster MdL und Heinz Paus MdL, zur Vorstellung des Beschlusses „Für einen modernen und leistungsfähigen Staat“, Bonn
29. Februar 1996 Leitungsklausur der Bundesgeschäftsstelle in Thomasberg
29. Februar 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik in Bonn
4. März 1996 Anhörung des Bundesfachausschusses Gesellschaftspolitik „Zukunft der Familien“, Rendsburg
4. März 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Sport in Bonn
4. März 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Europapolitik in Bonn; Beschluß: „CDU unterstützt Ausweitung des Subsidiaritätsprinzips in der Europäischen Union auf die Kommunen“
5. März 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik mit dem französischen Europaminister Michel Barnier und Bundesverteidigungsminister Volker Rühe in Bonn

- 6. März 1996 Anhörung des Bundesfachausschusses Innenpolitik „Zukunft ohne Werte? Gemeinsinn stärken – Rechtsbewußtsein schärfen – Verantwortung annehmen“, Mainz
- 7. März 1996 Besuch des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur bei der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Stuttgart-Vaihingen
- 11. März 1996 Sitzung des Präsidiums in Bonn
- 11. März 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Umweltpolitik in Bonn
- 11. März 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Medienpolitik in Bonn
- 15. März 1996 BACDJ: Sitzung von Vorstand und Koordinierungsausschuß „Reform des nationalen und europäischen Kartellrechts“, Kassel
- 15./16. März 1996 Rechtspolitischer Kongreß des BACDJ: „Gewaltenteilung noch im Gleichgewicht?“, Karlsruhe
- 25. März 1996 Sitzungen von Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
- 26. März 1996 Sitzung des Bundesparteigerichts in Bonn
- 29. März 1996 Pressegespräch des Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Medienpolitik, Anton Pfeifer MdB
- 3. April 1996 Beschluß des BACDJ: „Grundsätze und Thesen des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen zum europäischen und nationalen Kartellrecht“
- 15. April 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Agrarpolitik in Bonn
- 18. April 1996 Sitzung des Präsidiums in Bonn
- 19. April 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Gesellschaftspolitik in Bonn; Beschluß: „Europäisches Gesellschaftsmodell braucht Sozialstaatsprinzip“
- 22. April 1996 Sitzung des Bundesvorstands in Bonn
- 22. April 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Wirtschafts- und Energiepolitik in Bonn

23. April 1996 Sitzung des Bundesarbeitskreises Polizei in Bonn; Stellungnahme zum Bericht von Amnesty International über angebliche Mißhandlungen von Ausländern durch deutsche Polizeibeamte
2. Mai 1996 Pressekonferenz von Generalsekretär Peter Hintze zur Vorstellung der Informations-Kampagne zum „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“, Bonn
6. Mai 1996 Sitzung des Präsidiums in Bonn
7. Mai 1996 Landesgeschäftsführerkonferenz in Bonn
7. Mai 1996 Gespräch des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur mit dem Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages, Dr. Franz Schoser, und dem Geschäftsführer des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Dr. Wolfgang Glaser, zur Situation der beruflichen Bildung
13. Mai 1996 Generalsekretär Peter Hintze eröffnet das Ökologie-Forum im Internet-Angebot der CDU Deutschlands
13. Mai 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik in Bonn; Beschluß: „Komplementäre Beteiligung der Nichtregierungsorganisationen an der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“
20. Mai 1996 Sitzungen von Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
31. Mai 1996 Zukunftsforum Ökologie in Schwerin
1. Juni 1996 Konferenz der Umweltbeauftragten der CDU-Kreisverbände mit Unterstützung des Bundesfachausschusses Umwelt, Schwerin
10. Juni 1996 Sitzung des Präsidiums in Berlin
10. Juni 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Europapolitik in Bonn; Beschluß: „Bundesfachausschuß Europapolitik der CDU fordert die Einführung eines europäischen Seniorenausweises“
14. Juni 1996 BACDJ: Sitzung von Vorstand und Koordinierungsausschuß „Rechtspolitik in den Bundesländern“, Bonn
17. Juni 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Agrarpolitik in Bonn

17. Juni 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Wirtschafts- und Energiepolitik in Bonn
20. Juni 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik in Bonn
24. Juni 1996 Sitzungen von Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
25. Juni 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik in Bonn; Beschluß: „Handel, Marktwirtschaft und Entwicklung“
25. Juni 1996 Veröffentlichung der Stellungnahme des Bundesarbeitskreises Polizei zur Aufnahme eines Anti-Diskriminierungsparagrafen in das Polizeigesetz Nordrhein-Westfalen
28. Juni 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Innenpolitik in Bonn
1. Juli 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Sport in Bonn; Beschluß: „Sport und Ehrenamt“
3. Juli 1996 Konstituierende Sitzung der CDU-Präsidiums-Kommission „Zukunft des Steuersystems“, Bonn
8. Juli 1996 Konstituierende Sitzung der CDU-Präsidiums-Kommission „Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“, Bonn
15. Juli 1996 Pressekonferenz mit dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik, Elmar Brok MdEP, und dem Bundeswehrbeauftragten der CDU, Paul Breuer MdB, zur Vorstellung des Beschlusses „Die Rolle der Bundeswehr in einer sich wandelnden Gesellschaft“, Bonn
17. Juli 1996 2. Sitzung der CDU-Präsidiums-Kommission „Zukunft des Steuersystems“: Expertenanhörung zum Thema „Verbreiterung der Bemessungsgrundlage“, Bonn
18. Juli 1996 Pressekonferenz mit dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Agrarpolitik, Reimer Böge MdEP: Vorstellung des Positionspapiers des Bundesfachausschusses Agrarpolitik „Agrarpolitik im gemeinsamen Deutschland – Positionen zu Herausforderungen in Struktur- und Marktpolitik“, Bonn
19. Juli 1996 Beschluß des BACDJ: „Grundsätze des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen für einen umfassenden Rechtsschutz der EU-Bürger nach der EUROPOL-Konvention“

26. Juli 1996 Pressekonferenz zu Rechtsfragen der inneren Sicherheit mit dem Vorsitzenden des BACJD, Herbert Helmrich MdL, und Norbert Röttgen MdB, Bonn
7. August 1996 Pressekonferenz mit dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Innenpolitik, Johannes Gerster MdL, zur Vorstellung des Beschlusses „Bekämpfung der Scientology-Organisation – eine Frage der Wehrhaftigkeit unserer Demokratie“, Bonn
9. August 1996 Pressekonferenz mit dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur, Herbert Reul MdL, zur Vorstellung des Beschlusses „Lehrstellenhemmnisse abbauen – Zukunftschancen sichern; zehn Punkte zur Reform der beruflichen Bildung“, Bonn
14. August 1996 Pressekonferenz mit dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Umweltpolitik, Kurt-Dieter Grill MdB, und der stellvertretenden Vorsitzenden des Bundesfachausschusses, Wilma Glücklich MdB, zum Thema „Gewässerschutz weiter vorantreiben – Kosten senken“, Bonn
28. August 1996 3. Sitzung der CDU-Präsidiums-Kommission „Zukunft des Steuersystems“, Bonn
29. August 1996 Sitzung des Präsidiums in Bonn
30. August 1996 2. Sitzung der CDU-Präsidiums-Kommission „Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“, Bonn
31. August 1996 Zukunftsforum „Grundwerte“ in Halle/Saale
3. September 1996 Sitzung des Bundesarbeitskreises Polizei in Bonn
- 5./6. September 1996 Zukunftsforum „Neue Wege in die Sozialpolitik“ in Bonn
6. September 1996 3. Sitzung der CDU-Präsidiums-Kommission „Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“, Bonn
9. September 1996 Sitzung des Bundesvorstands in Bonn
9. September 1996 Gemeinsame Sitzung des Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik und des Bundesfachausschusses Europapolitik, Bonn

9. September 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Gesellschaftspolitik in Bonn
9. September 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Umweltpolitik, Bonn
10. September 1996 Pressegespräch des Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Gesellschaftspolitik, Hermann-Josef Arentz MdL, und der stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Maria Böhmer MdB zur Vorstellung des Positionspapiers „Aus vorhandener Arbeit Arbeitsplätze machen – Neue Beschäftigung in privaten Haushalten erschließen“, Bonn
11. September 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Strukturpolitik in Bonn
16. September 1996 Pressekonferenz mit dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik, Elmar Brok MdEP, zur Vorstellung des Beschlusses „Die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union in der Regierungskonferenz 1996“, Bonn
16. September 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur in Bonn; Beschluß: „Deutsche Forschungslandschaft stärken für die Innovationsfähigkeit Deutschlands“
17. September 1996 Landesgeschäftsführerkonferenz in Bonn
18. September 1996 Beteiligung des BACDJ am 61. Deutschen Juristentag in Karlsruhe: Pressekonferenz mit Herbert Helmrich MdL und Norbert Geis MdB zur Vorstellung der BACDJ-Positionspapiere;
20. September 1996 4. Sitzung der CDU-Präsidiums-Kommission „Zukunft des Steuersystems“, Bonn
23. September 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Medienpolitik, Bonn
24. September 1996 Sitzung des Bundesparteigerichts in Bonn
27. September 1996 4. Sitzung der Präsidiums-Kommission „Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“, Bonn
27. September 1996 Sitzung der Antragskommission zum 8. Parteitag, Bonn
30. September 1996 Zukunftsforum Steuerreform: „Steuerpolitik für das 21. Jahrhundert“, Bonn-Bad Godesberg

30. September/1. Oktober 1996 Gemeinsame Sitzung der Kommission „Zukunft des Steuersystems“ mit dem CDU-Präsidium, Bonn: Verabschiedung des Entwurfs eines Leittrags zur Steuerpolitik an den 8. Parteitag
1. Oktober 1996 Pressekonferenz des Vorsitzenden der Präsidiums-Kommission „Zukunft des Steuersystems“, Dr. Wolfgang Schäuble MdB, zur Vorstellung des Leittrages zur Steuerpolitik, Bonn
5. Oktober 1996 5. Sitzung der CDU-Präsidiums-Kommission „Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“, Bonn
7. Oktober 1996 Sitzungen von Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
7. Oktober 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Wirtschafts- und Energiepolitik in Bonn
8. Oktober 1996 Pressegespräch mit dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Strukturpolitik, Dr. Karl-Heinz Daehre MdL, und dem stellvertretenden Vorsitzenden Werner Dörflinger MdB zur Vorstellung des Positionspapiers „Politik für eine lebendige Innenstadt“, Bonn
10. Oktober 1996 Pressegespräch mit dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur, Herbert Reul MdL, zur Vorstellung der „Grundsätze und Thesen der Arbeitsgruppe der CDU zur Zukunft der Bio- und Gentechnik“, Bonn
11. Oktober 1996 BACDJ: Rechtspolitische Fachtagung zu Fragen der Justizentlastung mit Staatsminister Steffen Heitmann MdL, Kassel
11. Oktober 1996 Konferenz der Aussiedlerbeauftragten
14. Oktober 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik in Bonn
14. Oktober 1996 Gespräch des Bundesfachausschusses Sport mit den Vorsitzenden der Krankenkassen
16. Oktober 1996 6. Sitzung der CDU-Präsidiums-Kommission „Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“, Bonn
20. Oktober 1996 Sitzungen von Präsidium und Bundesvorstand in Hannover
- 21./22. Oktober 1996 8. Parteitag der CDU Deutschlands in Hannover

Bildrechte: Mayer, dpa

Herausgeber: CDU-Bundesgeschäftsstelle, HA Öffentlichkeitsarbeit,
Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn • 4/106 • Bestell - Nr.: H213